

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

148 (28.6.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERTTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gehaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
mengen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die 10gehaltene Millimeter-
zeile 20 Pfennig. Die Werbungen werden nach Zahl der bei Anzeigenhaltung des
Schreibens, bei gerichtlicher Betreuung und bei anderen außer Kraft tritt. Größere
Anzeigen und Geschäftsstellen in Karlsruhe i. D. o. Schluß der Anzeigen-Nahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. In der Juli- und
1,90 Mark o. durch die Post 2,26 Mark o. Einzelposten 10 Pfennig o. Ge-
schäft 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Journal 1020/1021 o. Volksfreund-Julienstr.
Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdbausstr. 12. Hellert, Kollwitz 2. Offenburg, Republikstr. 9

Nummer 148

Karlsruhe, Dienstag, den 28. Juni 1932

52. Jahrgang

Deutsches Volk! Wählerinnen und Wähler!

In dem harten Ringen der Arbeiterklasse und aller frei-
heitlich denkenden Volksgenossen Deutschlands gegen Anech-
tschaft und Diktatur ist der 31. Juli ein Tag von entschei-
dender Bedeutung.

Militaristen und Nationalisten nehmen einen neuen An-
lauf, die Gewalt zu ergreifen und sie zur Zerschlagung der
Demokratie, zur Entrechtung der breiten Massen, zu ihrer
politischen und wirtschaftlichen Anechtung zu mißbrauchen.

Sie stürzten die Regierung Brüning nicht, um etwas Bes-
seres an ihre Stelle zu setzen, nicht um dem Volk in schwerster
Zeit mehr Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu verschaffen,
sondern um es ganz auszuschließen und einem Kabinett des
Abels, des Großgrundbesitzes und des Schwerkapitals an die
Macht zu verhelfen.

Diese Regierung hat in ihren ersten Verlautbarungen dem
„Wohlfahrtsstaat“ und dem „Staatssozialismus“ den Krieg
erklärt und damit bekundet, daß ihre „grundständig neue
Richtung der Volksherrschaft“ gegen die Volksgenossen gerichtet
sein soll, die sich in den 14 Jahren nach Zusammenbruch des
alten Regimes die Staatsbürgerrechte der Demokratie und
eine beschränkte soziale Fürsorge errungen hatten.

Die Bildung dieser volksfeindlichen Regierung wurde er-
möglicht auf den Schultern der sogenannten nationalsozialistischen
Arbeiterpartei, die durch ihre Führer Hitler und Goering die
Tolerierung des Kabinetts Papen gegen gewisse Gegenlei-
stungen versprach. Die Regierung löste auf ihren Wunsch den
Reichstag auf; sie überließ ihnen den Rundfunk für ihre
Propaganda, sie stellte die von Görner verbotene Privat-
armee Hitlers wieder her; sie gab ihr das Recht, Uniform zu
tragen und zu demonstrieren.

Zahlen aber muß das Volk!
Die Regierung Papen hat ihren Kriegserklärungen an den
„Wohlfahrtsstaat“ sehr rasch die Taten folgen lassen, in Ge-
stalt einer neuen Notverordnung, die alle bisherigen an
Härte weit übertrifft.

Sie hat den Opfern des Krieges, den Witwen
und Waisen, den Opfern der Arbeit, den Invaliden,
den Opfern der Krise, den Arbeitslosen, die
länglichen Renten erbarmslos gekürzt.

Sie hat dem Beamten, dem Handwerker, dem Kaufmann,
dem Käufer, neue Abgaben aufgebürdet. Sie hat den noch
Arbeitslosen die ganze neue Last auferlegt, den Reichen aber
neue Steuererleichterungen gegeben.

Sie hat die Pläne zur Arbeitsbeschaffung und zu einer ge-
rechten Arbeitsverteilung zu Fall gebracht.

Gegen die Taten dieser Regierung und ihre Stütze in der
sogenannten „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpar-
tei“ rufen wir zum Kampfe.

Wir kämpfen für die Aufhebung der Notverordnung!

**Wir kämpfen für die Erhaltung und Sicherung des Rechts
auf die Arbeitslosenversicherung!**

**Wir wollen die Jugendkinder und die langjährig Arbeits-
losen vor materiellem Elend und seelischer Verzweiflung
schützen.**

**Wir wollen in gegenseitiger Arbeit helfen, in stillgelegten
Betrieben für sich selbst die notwendigen Bedarfsgegenstände
zur Ergänzung ihrer Unterstützung herzustellen.**

**Wir kämpfen für Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mit-
teln, für gezielte Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stun-
den, für rasche Durchführung der Siedlungen, ohne dem le-
bensunfähigen Großgrundbesitz neue Geschenke zu machen und
damit den Siedler zu belasten.**

**Wir kämpfen für gerechte Verteilung der Lasten nach
der Leistungsfähigkeit. Anstatt die kleinsten Einkommen aufs
Brutalste der neuen Arbeitslosenabgabe zu unterwerfen, müs-
sen die hohen Einkommen durch einen kräftigen Zuschlag zur
Einkommens- und Körperschaftsteuer zu den Sanierungs-
opfern herangezogen werden. Anstatt der Lebenshaltung
breitester Volksgenossen durch den Sozialabbau auf der gan-
zen Linie unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen
endlich die großen Vermögen durch eine wesentliche Erhöhung
der Vermögens- und Erbschaftsteuer erfasst werden. Anstatt
den lebensnotwendigen Massenverbrauch durch soziale Steuer
und Umsatzsteuer aufs Schmerzlichste zu belasten, muß der Luxus-
verbrauch einer umfassenden Luxusbesteuerung unterworfen
werden.**

Wir kämpfen aber auch für eine Außenpolitik

der friedlichen Verständigung auf dem Bo-
den des gleichen Rechtes für alle. Elend zu-
sammengedrückt sind alle nationalistischen Anklagen gegen
die internationale Politik der Sozialdemokratie, denn es hat
sich gezeigt, daß auch die Regierung Papen, die Regierung der
„nationalen Konzentration“ über keine anderen Mittel ver-
fügt, als die von den Sozialdemokraten empfohlenen. Die
Sozialdemokratie hat in geduldiger Arbeit die Lasten des ver-
lorenen Krieges dem deutschen Volke zu erleichtern versucht.

Sie hat als erste die Forderung nach Erreichung der inter-
nationalen Kriegsschulden erhoben, und für diese Forderung
im Interesse des deutschen Volkes in der ganzen Welt um
Verständnis geworben. Die Politik der Verständigung mit
Frankreich wurde als schlapp, feige, undeutsch, ja geradezu
landesverräterisch hingestellt.

Indem auch die Regierung der „nationalen Konzentra-
tion“, die Regierung Papen den Weg der Verständigung be-
schritt, hat sie wider Willen den schamlosen Betrug der natio-
nalsozialistischen Demagogie entlarvt.

Die Tätigkeit der Regierung Papen beginnt weiten Volks-
stücken die Augen zu öffnen über die Wirkung der national-
sozialistischen Forderungen. Je größer diese Erfolge waren, umso
gerückter wurde die Wirtschaft, umso eher sah die Regie-
rung den Mut, die Lebenslage der Armen noch weiter zu ver-
schlimmern.

Diese Erkenntnis gilt es in die Köpfe der Millionen zu
hämmern, die unter den heutigen Zuständen leiden und die
sich irreführen ließen. Es gilt aber auch die Erkenntnis zu
verbreiten, daß die kapitalistische Wirtschaft ihren

Söhepunkt überschritten hat, daß sie nicht imstande ist, ihre
Aufgabe zu erfüllen, daß sie die Menschen nicht mehr ernäh-
ren, bekleiden, behausen kann, daß sie von einer neuen,
höheren Wirtschaftsform abgelöst werden muß.

In voller Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften for-
dern wir den

Umbau der Wirtschaft.

Die Staatsmacht muß planmäßig in den Dienst der Um-
wandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in
eine sozialistische Bedarfswirtschaft gestellt wer-
den. Nur so kann das Elend abgewendet und der Jugend die
Hoffnung auf eine neue Lebensaufgabe gegeben werden!

In diesen Kämpfen zweier Weltanschauungen, zwischen
Vergangenheit und Zukunft, zwischen Anechtschaft und Frei-
heit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der 31. Juli
ein Entscheidungstag!

Deshalb: mit erhöhter Aktivität, Disziplin und Einigkeit in
den Kampf. Die Pfeile der Freiheit sollen die Feinde
des Volkes treffen.

Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht überwinden. Sie
wird allen Gewalttaten zum Trost ihre große geschichtliche
Mission erfüllen.

**Wollt ihr nicht? Brüder wacht! Kämpft für
Demokratie und Sozialismus!**

Berlin, 28. Juni 1932.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Schützlinge der Barons Regierung

Hitlersche Mordgesellen

Terrorakte von viehischer Brutalität

Chemnitz, 27. Juni. (Eig. Draht). Die blutigen Ueberfälle der
Nationalsozialisten auf die Teilnehmer an der Sonnenwendfeier
der sozialistischen Arbeiterjugend in Limbach-Audorf spielten sich,
wie Augenzeugen berichten, wie folgt ab:

Schon beim Abrennen der Höhenfeuer wurde ein Attentat auf
die Jugend verübt. In dem Holzstoß, der angebrannt werden
sollte, hatte ein Nazibandit 20 Patronen versteckt. Nur der Vorfall
und der Gemütszustand der für die Höhenfeuer Verantwort-
lichen, ist es zu danken, daß es nicht zu schweren Unfällen kam. Die
Verteilung veränderte die Polizei, die die Patronen an sich nahm.

Auf dem eingezäunten Sportplatz in Audorf war ein großes
Zeltlager mit 35 Zelten aufgeschlagen, in dem für etwa 500 Teilneh-
mer Platz geschaffen war. Kurz nach 1 Uhr nachts beobachteten An-
gehörige des Jungbanners, die die Nachtwache durchführten, in un-
mittelbarer Nähe des Lagers eine Reihe herumstreichender Ge-
stalten. Als man verachtete, sie zu stellen, rissen sie aus und eröff-
neten auf ihre Verfolger ein heftiges Feuer. Die Jungbannerteute
warfen sich schnell auf den Boden, so daß keiner getroffen wurde.
Später wurden an dieser Stelle 16 Patronenhülsen gefunden.

Ein weiterer noch gemeinerer Ueberfall auf das Zeltlager er-
folgte kurz nach 4 Uhr morgens. Ein geschlossenes Personauto,
in dem sich 5 Nazibanditen befanden, fuhr dicht an die Nacht-
wachen heran und schob auf die Jungbannerteute. Ein Jungban-
nermann wurde durch einen Schuß in den Oberarm schwer verletzt.
Es wurden etwa 20 Schüsse gezählt. Die aufgefundenen Patronen-
hülsen zeigen, daß aus 3 verschiedenen Kalibern geschossen wurde.
Ein Reichsbannerkamerad wurde auf der Straße nach Audorf
von 40 Nazis überfallen. Die Nazis zogen den Reichsbannermann

vom Rade und schlugen ihn nieder. Dem Verletzten nahen die
Nazis einen Photoparat.

In der Nacht zum Sonntag wollten zwei Samariter eine kranke
Frau nach Hause transportieren. An der Kneipe in Limbach
wurde auf die durch Armbrunde und Mühe kenntlichen Samariter ein
Feuerüberfall verübt. Die Nationalsozialisten haben etwa 10
Schüsse abgegeben. Ein Passant wurde durch einen Unterschenkel-
schuß verletzt.

Im Verlauf der Schießerei, in der ein Chemnitzer Jungbann-
mann getötet wurde, ist festgestellt worden, daß etwa 25 SA-
Leute, sämtlich mit großen Armeepistolen ausgerüstet auf die
marschierenden jungen Menschen geschossen haben. Als zwei Ka-
meraden den verwundeten Marel aufhoben, um ihn in ein benach-
bartes Haus zu tragen, wurde auch auf sie geschossen. Ein kom-
munistischer Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß verletzt. Mit
letzter Kraft hielt er sich an einem Baum fest. Ein SA-Mann sprang
auf ihn zu und schlug mit einem schweren Eisenknüttel auf ihn
ein, bis er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Der
schwer verletzte Chemnitzer Reichsbannerkamerad Marel, dem ein
Schuß den Oberkiefer und die Mundhöhle zertrümmerte, und der
weitere schwere Verletzungen erlitt, farb in den Armen seiner Ka-
meraden in einem Hausflur, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war. Als
das Chemnitzer Ueberfallkommando eintraf, wurden zuerst die
Arbeiter und Ueberfallenen nach Waffen durchsucht. So ging kost-
bare Zeit verloren, die von den Mordgepöhlen selbstverständlich
ausgenutzt wurde. Trotzdem gelang es nicht allen SA- und SS-
Banditen ihre Schusswaffen in Sicherheit zu bringen. Einigen Na-
zis konnten Revolver abgenommen werden.

Die Erhebung der Salzsteuer

Ergänzungen des „neuen Systems“

W.B. teilt mit: Laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums
tritt die Salzsteuer am 16. Juli 1932 in Kraft. Sie
beträgt 12 Pfennig für ein Kilogramm und wird beim
Salzwert erhoben. Steuerpflichtig ist nur das Speisesalz, Salz zu
gewerblichen Zwecken, wie früher, steuerfrei, in der Regel nach zu-
voriger Denaturierung. Zur Ausfuhr bestimmtes Salz ist ebenfalls
von der Steuer befreit. Die Steuerüberwachung der Salzwerke
beschränkt sich lediglich auf eine Ruckkontrolle.
Für das am 16. Juni er. außerhalb der Salzwerke vorhandene
Salz ist eine Nachsteuer vorgesehen. Von der Anmeldung, die bis

zum 23. Juli zu erstatten ist, sind nur befreit: Salzhandler, wenn
sie nicht mehr als 4 Zentner, und andere Personen, also Privat-
haushaltungen, Gastwirtschaften, Kantinen, industrielle Betriebe
usw., wenn sie nicht mehr als einen Zentner Salz in Besitz haben.

Schweiz sperri deutsche Kohleneinfuhr

Nädwirkungen der gepriesenen „Autarkie“

W.B. Bern, 27. Juni. Die schweizerische Zollverwaltung hat,
wie das Berner Tagblatt meldet, die Grenze für die deutsche Koh-
leneinfuhr gesperrt, da die Kontingente im Mai fast überschrit-
ten wurden. Die Sperre betrifft in der Hauptsache die Einfuhr
von Koks und steht mit den derzeitigen Wirtschaftsverhandlungen
nicht im Zusammenhang.

Schleicher und Hammerstein

Von Rudolf Martin

früherer Regierungsrat im Reichsamt des Innern

Nach der Kanalkiste des Preussischen Heeres vom Jahre 1904 gab es im 3. Garderegiment zu Fuß drei Leutnants: Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord mit Patent vom Jahre 1898, Kurt von Schleicher mit Patent vom Jahre 1900 und Oskar von Benedendorff und von Hindenburg, heute als Oberst Adjutant des Reichspräsidenten mit Patent vom Jahre 1903, und selbst der Feste von ihnen hatte es noch nicht zum Oberleutnant gebracht. Ob wohl einer von ihnen geahnt hat, zu welcher heroischen Stellung in unserer Wehrmacht und weit darüber hinaus sie es dereinst bringen würden? Am wenigsten konnten sie ahnen, daß sie schließlich ihre einflußreiche Stellung nicht nur den veränderten Zeitverhältnissen, sondern auch ihrem bewußten und gewollten Zusammenhalten in Freundschaft und Kameradschaft zu verdanken haben würden. Noch im Jahre 1908 war keiner von ihnen Oberleutnant, aber Hammerstein war zur Kriegsakademie kommandiert und Schleicher zum Adjutanten herausgerückt. Im Jahre 1911 ist Hammerstein zum Generalstab kommandiert, Schleicher zur Kriegsakademie, beide als Oberleutnant, der junge Hindenburg ist noch Leutnant, oder Adjutant beim II. Bataillon. In diesem Jahr steht der General der Infanterie Paul von Benedendorff und von Hindenburg, der Vater des jungen Oskar von Hindenburg, bereits à la suite des 3. Garderegimentes zu Fuß.

Für Hammerstein und den jungen Hindenburg war es keine ungewöhnliche Bevorzugung, daß sie bei einem der vornehmsten Garderegimenter Aufnahme fanden. Aber der am 7. April 1882 in Brandenburg an der Havel geborene Kurt von Schleicher, dessen Vater Premierleutnant im Infanterieregiment Nr. 98 in Brandenburg war, hatte kein traditionelles Anrecht darauf, in die Garde aufgenommen zu werden, denn er gehörte nicht dem Uradel an, sondern nur dem Briefadel. Der Adel der Familie Schleicher ist etwa 180 Jahre alt, indem ein Vorfahr des gegenwärtigen Reichswehrministers Kurt von Schleicher als Staatsminister in Detmold ungefähr im Jahre 1750 in den Adelsstand erhoben wurde. Der Gothaer Almanach enthält feinerlei Angaben über die Familie von Schleicher, und dies ist der Grund, warum wir in den letzten Wochen so mancherlei falsche Angaben in verschiedenen Zeitungen gelesen haben. Der Vater des Reichswehrministers war im Jahre 1902 Major und Bataillonskommandeur im Westpreussischen Infanterieregiment Nr. 149 in Schneidemühl und schließlich im Jahre 1905 Oberstleutnant a. D. und Kommandeur des Landwehrbezirks in Calau. Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder. Auch die sehr gute Qualifikation der Hauptkadettenanstalt würde dem jungen Schleicher schwerlich den Eintritt in das 3. Garderegiment zu Fuß, welches im Jahre 1860 aus dem ersten Garderegiment zu Fuß hervorgegangen ist, ermöglicht haben, wenn er nicht einige Jahre zuvor in der Kadettenanstalt zu Bismarck in Hallein der Klasse ausgeteilt worden wäre, in der der Kronprinz Wilhelm seine militärische Ausbildung genoss. Seit dieser Zeit gehört Kurt von Schleicher zu den intimsten Freunden des deutschen Kronprinzen und dazwischen liegt so gar mit ihm, was im Verkehr mit preussischen Kronprinzen eine große Seltenheit ist.

Auch nach dem Kriege noch verkehrte der Kronprinz als Gast bei dem im Jahre 1929 zum Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium ernannten Generalleutnant von Schleicher, der bis vor etwa einem Jahre ein Jungesellenleben führte und erst im Alter von etwa 49 Jahren die Tochter des Generals der Kavallerie a. D. von Hennigs in Berlin geheiratet hat. Vor wenigen Monaten wurde durch einen Zufall der Öffentlichkeit bekannt, daß am Anfang des Jahres der Reichsfanzler Brüning als Gast gleichzeitig mit dem deutschen Kronprinzen beim Generalleutnant von Schleicher zum Diner eingeladen gewesen war. Der Kronprinz hatte Wert darauf gesetzt, durch Vermittlung seines Freundes Schleicher in unauffälliger Weise mit Brüning bekannt zu werden. Aber kurze Zeit darauf erklärte der Kronprinz in ostentativer Weise der Öffentlichkeit, daß er bei der zweiten Präsidentenwahl nicht den Kandidaten des Reichsfanzlers, nämlich den Generalfeldmarschall von Hindenburg, sondern den gegenwärtigen Kandidaten Adolf Hitler wählen werde.

Die Jugendfreundschaft in den ersten Schuljahren mit dem deutschen Kronprinzen verhalf dem heutigen Reichswehrminister zum Eintritt in das 3. Garderegiment zu Fuß und damit zur Freundschaft mit dem noch etwas jüngeren Oskar von Hindenburg und mit dessen Vater, dem späteren Generalfeldmarschall. Ohne Zweifel verbindet sich in Schleicher in seltener Weise Glück mit Lücklichkeit. Schon vor dem Kriege, im September 1913, wurde er zum Großen Generalstab kommandiert und bald darauf zum Hauptmann ernannt. Am 8. August 1914 erhielt er die Beförderung in den Stab des Generalquartiermeisters im Großen Hauptquartier. Mit einer Unterbrechung im Sommer 1917, wo er als Generalstabsadjutant an der Galizischen Front stand, ist Schleicher im Stabe des Generalquartiermeisters bis zum Kriegsende geblieben. Als Gröner in die Oberste Heeresleitung berufen wurde, zog er als bald Schleicher in seinen persönlichen Stab. Im Dezember 1918 schickte Gröner den Major von Schleicher nach Berlin, um mit dem Kabinett der Volksbeauftragten zu verhandeln. Seit Ende 1927 war Gröner Reichswehrminister. Am 1. März 1929 wurde der Generalmajor von Schleicher zum Leiter des auf seine Veranlassung und nach seinem Plane gebildeten Ministeramtes im Reichswehrministerium ernannt. In dieser Stellung hatte er die Funktionen eines Staatssekretärs und ersten Beraters eines Ministers.

Nach einer Meldung der Zeitungen vom 13. Mai 1932 sollen Generalleutnant von Schleicher und der Chef der Heeresleitung Gröner erklärt haben, daß Gröner wegen der politischen Exposition durch das Amt des Ministers des Innern das Vertrauen der Wehrmacht verliere. Die Geschichte des Deutschen Reiches kennt keinen Vorgang ähnlicher Art und die Geschichte Preußens auch nicht seit der Abdankung der Regierung Friedrich Wilhelm IV. Schleicher und Hammerstein verdankten persönlich ihre letzten Beförderungen dem Reichswehrminister Gröner. Auch von dieser persönlichen Seite her ist dieser Schritt der Generals und Generalfeldmarschall, der die Auflösung der SA, der Hitlerleute durch seine Unterschrift vollzog, zu diesem Schritt in seiner Eigenschaft als Reichsminister des Innern und nicht als Reichswehrminister geraten. Die Generalität mißte sich also in die Politik wie noch nie zuvor.

Besonders auffallend ist die Mitwirkung des Generals von Hammerstein, die allerdings die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei bereits am 2. Mai 1932 bei dem zu erwartenden Sturz

Unwahr oder vertraulich?

Der Matin und Herr v. Papen

v. Papens Außenpolitik

Nun, meine Herren Nationalsozialisten!

Der Außenpolitiker des Matin übermittelt seinem Blatte aus Lausanne eine Erklärung des Reichsfanzlers von Papen, die dieser vor seiner Berliner Reise französischen Pressevertretern in einer Unterredung abgegeben hat. Sie lautet:

Ich bin über diesen Tag glücklich, denn ich erwartete ihn mit einer gewissen Ungeduld. Dieser Tag sollte mir und der deutschen Delegation erlauben, mich frei und direkt mit dem Chef der französischen Delegation auszusprechen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon zu Ministerpräsident Herriot sagte:

Ich erkenne als erster an, daß Frankreich bei der sogenannten Liquidierung der Reparationen Anrecht auf Kompensationen hat.

Wenn ich materiell diese Kompensationen in Form von Geld anbieten könnte, würde ich es von Herzen gern tun. Aber das ist unmöglich, ich verlange ich, daß mir diese Kompensationen auf einem anderen Gebiet, nämlich auf wirtschaftlichem Gebiet, lüden. Frankreich hatte bei unseren bisherigen gemeinsamen Annäherungsversuchen nur die linksparieten sich gegenüber, hat Frankreich nicht ein Interesse daran, heute die Rechtsparieten sich gegenüber zu haben, das heißt ganz Deutschland?

Von zuständiger deutscher Seite wird dazu dem Contibüro erklärt, daß Reichsfanzler von Papen in keinem seiner Gespräche in Lausanne von einer Anerkennung der Rechte Frankreichs oder von Frankreichs Rechten auf Kompensationen gesprochen hat. Im übrigen ist auch die Darstellung vollkommen abwegig, die der Matin nachträglich von der Unterredung gebe und in der behauptet wird, die Erklärungen des Kanzlers seien noch schärfer formuliert gewesen, als sie das Blatt veröffentlicht hat, und seien ausdrücklich als zur Veröffentlichung bestimmt genannt worden. Reichsfanzler von Papen habe die Unterredung mit dem Vertreter des Matin in Gegenwart des Legationsrates Thomson gehabt und der Inhalt der Unterredung ist ausdrücklich als vertraulich bezeichnet worden.

In diesem Zusammenhang wird weiter mitgeteilt, daß die Stellungnahme eines großen westdeutschen Blattes, in der trotz des Dementis der Reichsregierung das angeblüh-

Interview als authentisch bezeichnet wird, in Kreisen der Reichsregierung als geradezu beispiellos angesehen wird. Man bezeichnet es „als unverständlich“, daß eine deutsche Zeitung den Worten französischer Journalisten mehr Glauben schenkt als den Erklärungen des deutschen Reichsfanzlers.

Einheitsverband gegen Reichsbahnverklantung

Sollen die Eisenbahner verhaftet werden? Nach Pressemeldungen will ein erstemaliger französischer Vorschlag die deutschen Reparationsverpflichtungen unter der Voraussetzung aufheben, daß die deutsche Reichsbahn in den Besitz der Länder übergeht, die von den Reparationsleistungen befreit werden. Dazu wird uns vom Einheitsverband der Eisenbahner geschrieben:

Die Durchführung dieses Vorschlages würde bedeuten, daß Deutschland sein bestes und fast letztes Vermögensstück verliert. Sie würde ganz Deutschland der ständigen Ueberwachung und Kontrolle durch Ausländer ausliefern, die sich bei der Betriebsführung nur von Profitinteressen leiten lassen und die die Tarife dementsprechend gestalten würden.

Aber nicht nur diese Umstände veranlassen uns zur Abwehr. Mit der Uebertragung des Reichsbahnbesitzes wäre das Schicksal von Hunderttausenden von Bediensteten einer mehr als ungewissen Zukunft ausgeliefert. Landfremde Menschen, die zufällig in den Besitz der Verträge gelangen, könnten die deutschen Eisenbahner zu Sklaven machen oder sie durch bedürfnislose Rassen ersetzen.

Die Reichsbahnverwaltung schweigt noch dazu! Die Reichsregierung hat auch nichts, was als ernste Ablehnung abgedeutet werden kann! Wollen diese Stellen durch ihr Schweigen erkennen lassen, daß sie über solchen verkehrswirtschaftlichen Plan mit sich reden lassen wollen?

Wir schweigen nicht! Wir legen uns entschieden dagegen Verwahrung ein, wenn deutsches Sachgut und die bei der Reichsbahn beschäftigten Menschen zum Saugrohr gemacht werden sollten. Letzten Endes sind es die Arme und Sinne unserer Arbeitsbrüder, die das Unternehmen erhalten — aber auch zu verantworten können. Daran sollten wenigstens die deutschen Vertreter in Lausanne denken. Und auch die Herren der Reichsbahn!

Es kann für uns nur eines geben: Die Reichsbahn zurück ans Reich! Und dem Reiche das Verkehrsmonopol!

Fortsetzung in Lausanne

Die neuen Erklärungen Papens

Nach der Berliner Botsprechung

WTB. Lausanne, 27. Juni. Bei Schluß der heutigen Nachmittagsitzung, die von 16.30 Uhr bis 19.40 Uhr dauerte, wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Die deutsche und die französische Delegation sind neuerdings am Montag, den 27. Juni, nachmittags 16.30 Uhr, zusammengetreten. Der Herr Reichsfanzler hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht zugunsten einer Streichung der Reparationen sprechen, sowie die ersten Maßnahmen, die er für den Wiederaufbau Europas ansetzen sieht. Der Herr Reichsfanzler hat die Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers erläutert und vom allgemeinen Standpunkt aus ergänzt.

Der französische Ministerpräsident hat die Vorschläge gemacht, die er für nötig hielt.

Die Unterredungen werden Mittwoch vormittags 10 Uhr wieder aufgenommen werden.

Ueber den Verlauf der heutigen, fast vierstündigen deutsch-französischen Botsprechung erklärt man, daß zu Beginn der Reichsfanzler das Wort erlief, wobei er u. a. ausführt: Die Reparationen müßten unter allen Umständen sämtlich fallen, da die Weiterführung eines solchen Systems in irgendeiner Form den wirtschaftlichen Ruin der Welt bedeuten würde. Die deutsche Regierung werde keine Unterschrift unter ein Abkommen setzen, noch dem sie jetzt schon überseht sei, es nicht halten zu können. Die Regierung sei bereit, an konstruktiven Maßnahmen für einen Ausbau mitzuwirken. In der Zukunft würden die deutsch-französischen Beziehungen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielen. Die Welt befindet sich jetzt in einer ausserordentlich ersten Stunde. Die Wiederherstellung des Vertrauens ist notwendig. Dieses ist die historische Aufgabe der Siegerstaaten und nicht die Deutschlands.

Anschließend trug dann Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk seine Ausführungen vor, deren Umfang und Materialfülle sich aus der Dauer der Sitzung ergibt.

Der Ausfall der morgigen Sitzung bedeutet, daß die Franzosen sich mit diesem Material befassen und ihre Antwort vorbereiten werden.

Im Laufe des Dienstag werden zunächst Herriot, dann Reichsfanzler von Papen, jedoch beide getrennt, dem Konferenzvorsitzen-

des Reichswehrministers und des Reichsfanzlers Brüning wie ein Prophet vorausgesagt hatte. Noch am 26. Juli 1919 und am 1. März 1920 hatte der damalige Major Freiherr Kurt von Hammerstein-Equord sich als Anhänger der Republik gezeigt, indem er seinem eigenen Schwiegervater, dem General der Infanterie von Wittich, zweimal den Gehorsam verweigerte, als dieser ihn aufforderte, sich mit ihm am Kampfbüsch zu beteiligen. Eine wichtige Frage der Gegenwart ist, ob das Anschwellen der Hitlerbewegung diesen anerkanntswürdigen Standpunkt des Generals von Hammerstein zu Zeiten des Kampfbüsches zu verändern vermocht hat.

Länder und Baronsregierung

Amlich wird mitgeteilt: Die größte Zahl der leitenden Länderminister ist am Montag, dem 27. Juni auf Einladung des Reichsministers in Berlin zusammengetroffen, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz erregte eine erfreuliche volle Uebereinstimmung der Erregenenen. Weiter Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

Die Botsprechungen haben, wie es auf der Hand liegt, den Kontakt zwischen dem Reich und einzelnen Länderregierungen behauptet. Sie hatte vor allem den Zweck, eine gemeinsame Aktionsbasis für den Fall zu schaffen, daß die Reichsregierung in die Politik

den MacDonald Besuche abstatten, um mit ihm über den Verlauf der deutsch-französischen Botsprechungen Rücksprache zu nehmen.

Was will Frankreich?

Paris, 27. Juni. (Fig. Draht.) Der Temps schreibt zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen in Lausanne: „Die Stellung Frankreichs ist bekannt. Das Prinzip der Reparationsabläufe muß aufrecht erhalten werden, da die Pariser Sachverständigen selbst anerkannt haben, daß nach Beendigung der Krisenperiode Deutschland wieder Zahlungsmittelstellen finden wird, denen man Rechnung tragen muß, wenn man ihm nicht eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft einräumen will. Daraus ist der Gedanke entstanden, daß die Deutschland zu gewährenden Zahlungsleistungen auf jeden Fall die Schulden decken müssen, die die Gläubiger Deutschlands untereinander aufgenommen haben und daß ein Schlußsumme für die Reparationen zu Lasten Deutschlands genannt wird.“

Die Summe, die in dem Plan von Germain-Martin vorgelesen ist, beläuft sich auf 40 Millionen Mark oder 24 Milliarden Franken jährlich. Ihre Zahlung soll erst nach einem längeren Moratorium beginnen. Von diesen 24 Milliarden Franken sollen 18 Milliarden anstehende zur Abgleichung der interalliierten Kriegsschulden verwendet werden. Die restlichen 600 Millionen Franken sollen auf die europäischen Gläubiger nach dem Schlüssel von Spaq verteilt werden. Frankreich soll davon einen Beitrag von 410 Millionen Franken erhalten.

Amerika gegen alliierte Schuldenherabsetzung

Eine Erörterung für Lausanne

WTB. Washington, 27. Juni. Die amerikanische Regierung hat die feste Absicht, sich in die Lausanner Konferenzen nicht einzumischen. Sie hat dies kategorisch zum Ausdruck gebracht. Amerika hat von Anfang an die Forderung von Reparationen für verkehrt gehalten und sich deshalb auch dagegen gewandt, Reparationen von Deutschland zu verlangen. Amerika lehnt auch weiterhin den Versuch Europas ab, die Herabsetzung der alliierten Forderungen an Deutschland mit einer entl. Stabilisierung der alliierten Schulden zu verknüpfen. Man steht hier vielmehr auf dem Standpunkt, daß jede Nation Ober bringen müßte und 2. die Erledigung der Reparationsfrage eine rein europäische Angelegenheit sei.

gewalt der Länder eingreifen und ihnen dadurch die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nimmt. Dieser Regierung der Nazi-Barone, die kaum noch Herr ihrer selbst ist und unter ständigem Druck der Hitlerpartei steht, ist schließlich alles zugunsten. Infolgedessen begrüßen wir es, daß die Länderregierungen sich entschlossen haben, sobald es notwendig erachtet, wieder gemeinsam zu beraten, um gemeinsam in Aktion treten zu können.

Zu der Zusammenkunft der Länderminister berichtet die Germania, daß die Minister zu der bevorstehenden neuen Notverordnung bezüglich der generellen Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots eingehend Stellung genommen haben. Dabei habe sich die einstimmige Ablehnung der beabsichtigten Notverordnung ergeben; die Verantwortung für das in der Notverordnung geplante, werde der Reichsregierung überlassen.

Schwerer Unfall eines deutschen Delegationsmitgliedes in Genf

WTB. Genf, 27. Juni. Der Hilfsarbeiter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Fris Korben, wurde gestern von einem Motorradfahrer überfahren und in schwerstem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Freistaat Baden

Nazi-Hetze gegen Professor Anschütz

Der Nächste

Die Mannheimer Volkstimme berichtet: Die Kreise von denen die neuerliche Hetze gegen Prof. Gumbel ausgeht, nämlich das Heidelberger nationalsozialistische Blatt „Die Volksgemeinschaft“, entfalten ihren Kampf gegen das sogenannte „Sozialismus“ nunmehr auf breiterer Basis. Gleichsam zum Beweis dessen, daß es gar nicht darauf ankommt, was der Angegriffene sagt oder tut, haben sie sich diesmal einen so unangenehmen Gelehrten wie Professor Anschütz vorgenommen, dem größten deutschen Staatsrechtslehrer. In derselben Nummer des Blattes, vom 18. Juni, welches die Schlagzeile „Fort mit Gumbel!“ enthält, und in der ein Kampfausschluß der deutschen Studentenschaft Heidelberg alle Studentenvereine an den anderen Universitäten zu Sympathieübungen aufruft, wird Anschütz wegen seines bekannten Gutachtens „Das Beamtenrecht und die revolutionären Parteien“ vorgeworfen, daß er sich hierbei um eine „bestimmte Arbeit einer schwarzen Interessengruppe“ handle.

Es folgen auch dunkle Angriffe auf das Gehalt von Prof. Anschütz, als wenn er seine Ueberzeugung nach materiellen Interessen richten würde. So heißt es:

„Die Tatsache, daß Ihre Bezüge als Univeritätsprofessor aus dem Etat des Unterrichtsministeriums ersichtlich sind, schließt weder etwaige Sondervergütungen für eine Gutachterstätigkeit aus anderen Staatsmitteln, noch das Vorhandensein einer vertraglichen Vereinbarung mit gewissen Karlsruher amtlichen Stellen aus.“

Es heißt zu hoffen, daß diejenigen Herren der Heidelberger Universität, die nur zu geneigt waren, dem Drängen der Nazis nachzugeben, durch diese unerhörten Angriffe auf eines der angesehensten Mitglieder der Dozentenschaft nachdrücklich gestimmt werden und einsehen, daß nicht der so unerhört verlogene Dozent Gumbel der Unruhstifter ist, sondern, daß diese Lurche von den radikalen Kreisen immer aufs neue hereingetragen wird. Wenn es diesen gelingen sollte, durch die Entfernung Gumbels eine Bresche in die Reihe der „mißliebigen“ Dozenten zu schlagen, wird dieser Erfolg sie ermutigen, vor weiteren Forderungen nicht zurückzuschrecken, und wie sturpesslos sie in der Auffindung noch so fadenfängeriger Beschuldigungen sind, zeigt der oben gegebene Angriff.

Nazi-Feld Platner vor Gericht

Klaufen als Abfertigungsversuch

Aus Freiburg wird uns gemeldet:

Wenn die Maulkorbstaaten aus dem Nazilager großschaliger Verleumdungen mehren zum gerichtlichen Beratigung gezogen werden, erlebt man immer das gleiche Schauspiel: keiner bringt den Mut auf, zu seinem selbsttätigen Geschick zu stehen. Eine Probe hiervon bekam man wieder in der vor dem Schöffengericht Freiburg durchgeführten Verhandlung gegen den seitdem bekannten Reichstagsabgeordneten Friedrich Platner aus Karlsruhe, der im November v. J. den Reichstagsabgeordneten und den Reichsfinanzminister Dietrich in der beliebtesten Art der Nazi-Propaganda herabgewürdigt und beleidigt hatte. Dann nahm er den hiesigen Innenminister Maier als Korymb, von dem er sagte, Leute wie Maier hätten ein Interesse daran, daß die jetzigen Zustände andauern, damit sie ihre Kosten behalten könnten.

Megen Vergeltung gegen das Republikanische und wegen Verleumdung wurde Platner durch Strafbefehl mit 300 Mark Geldstrafe oder sechs Wochen Gefängnis belegt. Gegen die Strafbefehlung hatte er gerichtliche Entschuldigungsverträge mit allerhand spitzbübigen Jenseits wolle Platner sein. Mit Verleumdungsdelikten eine andere, eine jeder Verleumdungsdelikt ersiehende Deutung geben. So ist es nicht gemeint gewesen und überdies habe er nicht den Innenminister Maier, sondern den Parlamentarier Maier treffen wollen. Denn der Innenminister sei doch auch Landtagsabgeordneter. Um die Verleumdung los zu werden, schickte Platner wie ein aufgedrehtes Grammophon gegen den Richter rief. Aber er hatte sich verrechnet. Der Gerichtshof ließ sich keine Klauen brennen: Kritik ist erlaubt, aber alles hat seine Grenzen, wurde er von dem Vorsitzenden befehlet. Die Geldstrafe wurde abgemindert, es bleibt bei den 300 Mark Geldstrafe, dazu hat der Berufungsinstanz die entstandenen Gerichtskosten zu bezahlen.

Genossen! Helft den Arbeiter-Kindern!

Kauft die letzten 50-Pfennigste „Wir wollen helfen“.
Ziehungs erst am 18. Juli 1932.

100 Jahre Badische Gefangenenerziehung

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Gefangenenerziehung in Baden hielt der bekannte Strafrechtler Prof. Dr. Gustav Radbruch seinen Vortrag über den „Ershebungsgehalt im Strafwesen“, in dessen Verlauf er auch erklärte, „daß die Vergeltung und Abschreckungslehre sich als völlig unfähig zur Rationalisierung des Strafmahes erwiesen habe.“ Wie schützt der Staat sich vor dem Rechtsbrecher? Das ist die Frage, die immer wieder aufgeworfen wird. Die Praxis hat bewiesen, daß die härtesten Strafen nicht zu einer Besserung führen, wenn nach der Tat nicht für den Gefangenen gesorgt wird. In weiten Kreisen findet dieser Gedanke, daß man den Verbrechen nicht besser behandeln darf, als jene die sich ehrlich durch ihr klammerliches Dasein schlagen müssen. So benehmet die Gefangenenerziehung gerade in diesen Kreisen dem größten Mißtrauen. Scheitert aber nicht die ganze Strafbefehl nach der Verbüßung in den Ereignissen der Gegenwart. In einer wirtschaftlich so katastrophalen Zeit, wie in der untrigen, wo Millionen von Arbeitslosen keine Arbeit finden können, fällt es dem Volkswohlstand tausendmal schwerer, wieder in ordentliche gesellschaftliche Verhältnisse zu kommen. Immer mehr hat sich deshalb auch der Gedanke durchgesetzt, daß man statt Vergeltung die Erziehung fordert. Die sozialen Kräfte im Strafwesen sollen gemeint, die alosialen unterbunden werden. Solange man aber in der Befragung nur die Vergeltung sah, stand der Rechtsbrecher seinem Schicksal ziemlich gleichgültig gegenüber. Der Ershebungsgehalt im Strafwesen soll aber den Menschen innerlich und äußerlich darauf vorbereiten, wieder ein tätiges Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden.

Die heutige Notzeit treibt den Menschen zu Tausenden zu Taten, die sie mit dem Gesetz in Konflikt bringen, die aber nicht durch hohe Abstrafungen abgemindert werden können. Auserordentlich groß ist die Zahl der Jugendlichen, die zu diesen Rechtsbrechern gehören. Wenn sie in ihrer Jugend gleich alle Härten des Gesetzes am eigenen Leben verspüren müssen, schwindet in ihnen immer

Blutige Auseinandersetzung

Saalschlacht mit Nationalsozialisten in Ketsch

Die Mannheimer Volkstimme meldet aus Ketsch: Am Samstagabend verhielten die Nationalsozialisten unter Leitung von etwa 500 auswärtigen SA- und SS-Leuten eine Ortsgruppe der NSDAP zu gründen. Schon Tage vorher herrschte im Ort eine höchst gereizte Stimmung. Als die SA von Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen und anderen Orten am Samstagabend auf Lastkraftwagen anrückte, traf auch gleichzeitig Polizei von Heidelberg ein, die die Straßen besetzte. Die Arbeiter unter vornehmlicher Beteiligung kommunistischer Parteigänger nahmen in den Straßen in lebhaften Kundgebungen gegen den Bürgerkriegswarrior der Nationalsozialisten Stellung. Im Saal zum Arbeiterklub hatten sich schon um 7 Uhr viele Ketscher Arbeiter eingefunden, um an der Sitzung teilzunehmen. Durch die Anwesenheit der SA, die durch ihr provokatives Auftreten auffiel, entstand im Saal noch vor Beginn der Verhandlung eine heftige Schlägerei, in die alle Verhandlungsteilnehmer hineingezogen wurden. Die Mannheimer SA hatte vorher im Hofe Aufstellung genommen, wobei einzelne Gruppen mit Waffen versehen worden sind. Gummiknüppel, Dolche und Schlagringe wurden an einzelne Gruppen ausgeteilt. Hieraus ergibt sich klar, daß es nur ein Akt der Notwehr war, wenn die im Saale versammelten Arbeiter sich gegen diesen planmäßig durchgeführten Überfall zur Wehr setzten. Es

wäre Aufgabe der Polizei gewesen, die Besetzung der SA mit Waffen zu beobachten und zu verhindern, daß in den schon besetzten Saal auch noch die Mannheimer SA-Leute hinaufgelassen wurden. Hierdurch hätte bestimmt eine Auseinandersetzung im Saal vermieden werden können. Die Polizei griff, als die Auseinandersetzungen im Gange waren, rücksichtslos durch und führte unter Anwendung des Gummiknüppels und des blank gezogenen Seitengewehres den Saal, wobei es außerordentlich viel Verletzte gab. Insgesamt wurden etwa dreißig Personen Verwundungen davongetragen haben. Meistens gab es Stichverletzungen, die von den mit Dolchen ausgestatteten SA-Leuten den Gegnern zugefügt wurden. Später versammelten sich dann alle SA-Leute wieder im Saal und gründeten mit etwa 12 Ketscher Nationalsozialisten die Ortsgruppe.

Auf der Straße übte die Polizei einen verhängnisvollen Patrouillendienst aus und mußte verschiedentlich gegen provozierende Kommunistenparteien einschreiten. Die Polizei wird aus diesen Vorfällen gesehen haben, wie wichtig die Durchführung einer Waffenkontrolle am Saaleingang ist. Wahrscheinlich hätten sich trotz der sehr gespannten Situation die blutigen Zwischenfälle vermeiden lassen, wenn man den Saal nicht vor 8 Uhr geöffnet und dann eine Körperdurchsuchung nach Waffen vorgenommen hätte.

Tagung des Badischen Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen

In Anwesenheit von Vertretern zahlreicher Behörden, an der Spitze Ministerialrat Dr. Imhoff vom Ministerium des Innern, trat am Samstag, 25. Juni, der außerordentlich auf beachtliche 20. ordentliche Verbandstag des Badischen Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen im Plenarsitzungsraum des Landtages in Karlsruhe zusammen. Der Verbandsvorsitzende Regierungsrat Dr. Koehler eröffnete die Verhandlung mit einem ehrenvollen Nachruf für die verstorbenen bekannten Wohnungsminister Professor Dr. Albrecht und Dr. Hans Kamppfener sowie sonstige durch den Tod abgerufene Baugenossen. Er erstattete dann einen ausführlichen Bericht über die Verbandstätigkeit. Dem Verbande sind 98 Bauvereinigungen mit rund 30.100 Mitgliedern und Genossen angeschlossen. Im Jahre 1931 wurden durch die gemeinnützige Wohnungsbaustätigkeit 728 Wohnungen erstellt und bezogen. Die Gesamtschuld der bisher erstellten Wohnungen beträgt 15.708. Die Bautätigkeit wurde durch die Wirtschaftskrise erheblich beeinträchtigt und es ist im laufenden Jahre mit einem weiteren bedeutenden Rückgang zu rechnen. Die geschilderten Gesamtschulden betragen sich auf insgesamt 9.858.000 RM, davon sind 6,5 Millionen einbezahlt. Es ist dies ein durchaus günstiges Ergebnis. Eine erfreuliche Entwicklung hat auch die Sparstätigkeit im Verbandsgebiet genommen. Die Sparanlagen erhöhen sich um 954.000 RM auf 8.882.000 RM. Die Rücklagen haben sich etwas vermindert. Regierungsrat Dr. Koehler behandelte weiterhin die Auswirkungen der vierten Notverordnung auf die Mietgestaltung usw. Er kam auch auf die Vermehrung von Senkung der Zinsen und Tilgungsbeiträge für Baudarlehen und die in diesen Tagen beantragten Kreditlinien für die Stillung des Neubauschuldes zu sprechen. Der Verband hätte durch allgemeine Regelung eine Erleichterung der Lasten aus öffentlichen Baudarlehen gemüßigt. Die Länder, auch Baden, seien in diesem für individuelle Behandlung.

Die Wünsche und Forderungen des Verbandes wurden in nachfolgender einstimmig gefaßt:

- Entschließung
- Niederbelegt:
- „Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist auf den gemeinnützigen Bauvereinigungen, welche fast ausschließlich Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung erstellt haben, besonders schwer. Infolge der großen Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit, des Lohn- und Gehaltsabbaues nehmen die Mietrückstände, die früher bei den gemeinnützigen Bauvereinigungen so gut wie unbekannt waren, von Monat zu Monat in erschreckender Weise zu. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, insbesondere die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, haben zwar dem Neubauschulde gewisse Erleichterungen gebracht, die aber nur zum Teil den gemeinnützigen Bauvereinigungen zugute kommen, da diese weiterhin bereits vorher niederverzinsliche Darlehen aufgenommen hatten. Um die Lage bei den Bauvereinigungen nicht noch bedrohlicher werden zu lassen, sind alsbaldige Maßnahmen zur Verminderung der Lasten und Ermäßigung der Mieten unbedingt erforderlich. Der Verbandstag fordert daher von der Regierung:
1. Vorzugsweise Berücksichtigung der Wünsche der gemeinnützigen Bauvereinigungen auf eine wesentliche Herabsetzung der Zinsen und Tilgungsbeiträge für öffentliche Baudarlehen. Die Zinsen- und Baudarlehensverbände sind mit einer entsprechenden Weisung zu versehen. Dabei erwartet der Verbandstag, daß auch die zur Verfügung stehenden Landesmittel in erster Linie zur Stillung laufender Bauvereinigungen durch die städtischen und ländlichen Wohnungsverbände bereitgestellt werden.
 2. Um zu erreichen, daß die in der Notverordnung angeordnete Zinsen- und Mietenentzug auch tatsächlich erzielt wird, bitten wir die Regierung dringend: a) die anlässlich der Zinsentzug von badischen Sparanlagen vorgenommene Erhöhung der Tilgungsbeiträge im Dienstleistungsbereich bei den badischen Sparinstituten unbedingt abzuheben, die früher keinen Verwaltungskostenbeitrag erhoben haben.
 3. Um den Gemeinden und Bürgervereinen die Übernahme der Mieten und Nutzungsgeldern von erwerbslosen Wohnungsinhabern zu erleichtern, ist der aus dem Einkommen der Gebäudebesitzer für diesen Zweck zur Verfügung stehende Teil wesentlich zu erhöhen.
 4. Um für künftige Jahre die Bereinigung des zweifelhafte Realvermögens, der von privater Seite auf Jahre hinaus nicht zu erhalten sein wird, sicherzustellen, ist nach dem Vorgange in Württemberg und Preußen eine Wohnungsfriedenspflicht zu errichten, welcher der für den Wohnungsbau nach zur Verfügung stehende Teil der Gebäudebesitzer und die Rückfälle aus den öffentlichen Baudarlehen zuzuführen.“
- Mit der Genehmigung der Jahresrechnung 1931, Entlastung des Vorstandes und Feststellung des Voranschlags für 1932 waren die Verhandlungen des ersten Tages beendet.
- Der zweite Verhandlungstag, dem wiederum Ministerialrat Imhoff als Vertreter des Innenministeriums anwohnte, wurde mit Vorträgen ausgefüllt. Oberregierungsrat a. D. Dr. Weber, Verbandsdirektor des Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften e. V. Berlin, sprach über das Thema: „Die Bedeutung der Gemeinnützigkeit für die Bauvereinigungen und die Notwendigkeit ihrer Zusammenfassung in Revisionenverbände.“
- Er unterstrich, daß der Kern der Gemeinnützigkeit der sittliche lebenerhaltende Gedanke sei und das Recht nur die äußere Schale bilde.
- Dr. Wehrle, Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe, behandelte das Thema „Geld und Wohnungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Bauwirtschaft.“
- Den Abschluß der Tagung bildete die Besichtigung des vom Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. Karlsruhe fertiggestellten Baublocks auf dem ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz.

Der Vorstandsvorsitzende Schindler berichtete über die 1931 durchgeführten Revisionen, die im allgemeinen ein befriedigendes Ergebnis brachten. Die Zahl der Revisionen beträgt 81.

Es folgte ein instruktiver Vortrag des Regierungsrates Imhoff vom Ministerium des Innern über die praktische Durchführung der Gemeinnützigkeitsverordnung und die badischen Ausführungsbestimmungen dazu. Regierungsrat Imhoff gab eine eingehende Darstellung der Voraussetzungen, die ein Wohnungsunternehmen erfüllen muß, wenn es als gemeinnützig anerkannt werden will. Das Ministerium legt den größten Wert darauf, daß die einzelnen Wohnungsunternehmen in wirtschaftlicher Hinsicht der Besteuerungsfähigkeit aufweisen.

Hierauf legte eine rege Aussprache ein, die sich auf die gemachten Erfahrungen gründete. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Zinsfrage.

Volkswirtschaft

Steuertreibende Sparanlagen

Es ist vielfach noch nicht genügend bekannt, daß der Sparer die Möglichkeit hat, für Teile seines Einkommens, die er zur Sparanlage trägt, von der Einkommensteuer befreit zu werden. In Betracht kommen diejenigen Sparanlagen, die man als feste Rücklage für spätere Zeiten, also in erster Linie zur Sicherung des Lebensabends (Lebensversicherungsbeitrag) oder für spätere Bedarfsfälle (Ausbildung der Kinder, Aussteuer usw.) ansammelt.

Nach § 17 Absatz 1 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes gelten u. a. auch Sparanlagen für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbständige verwandten Haushaltsangehörigen als abzugsfähige Sonderleistungen, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Lebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als 20 Jahren vereinbart ist und die Vereinbarung unter Verzicht beider Vertragsparteien auf eine Abänderung oder Aufhebung dem für den Steuerpflichtigen zuständigen Finanzamt angezeigt wird. Steuerfrei bleiben insoweit, d. h. zusammen mit den nach § 17 Absatz 1 Ziffer 1-4 GStG. außerdem noch als Sonderleistungen ausfallenden Abgaben für Sozialversicherungsbeiträge, Erbsteuerbeiträge, Versicherungsprämien und Fortbildung im Berufsstand des Kapitals RM. 600.- jährlich. Dieser Betrag erhöht sich für jedes zur Haushaltsführung zählende sähndende Ehefrau sowie für jedes zu seiner Haushaltsführung zählende und nicht selbständig zu veranlagende minderjährige Kind um je RM. 250.-.

Zi Steuerpflichtige, die sich aus der Errichtung eines solchen steuerfreien Sparkontos ergeben, sind insbesondere deshalb beträchtlich, weil nach dem Einkommen, welches für die Einkommensteuer festgelegt wird, auch die Kirchensteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, und gegebenenfalls auch die Bürgersteuer berechnet wird. Da für die Veranlagung zur Einkommensteuer sowohl bei den Lohn- und Gehaltsempfängern als auch bei den zur Veranlagung kommenden Steuerpflichtigen verschiedene Steuerstufen gebildet werden, steht es in der Hand jedes Sparers, durch seine Sparanlagen in eine erheblich niedrigere Steuerstufe zu kommen und entsprechend der niedrigeren Steuerstufe auch die nach der Einkommensteuer berechneten genannten Sondersteuern zu ermäßigen.

Genossen! Helft den Arbeiter-Kindern!

Kauft die letzten 50-Pfennigste „Wir wollen helfen“.
Ziehungs erst am 18. Juli 1932.

100 Jahre Badische Gefangenenerziehung

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Gefangenenerziehung in Baden hielt der bekannte Strafrechtler Prof. Dr. Gustav Radbruch seinen Vortrag über den „Ershebungsgehalt im Strafwesen“, in dessen Verlauf er auch erklärte, „daß die Vergeltung und Abschreckungslehre sich als völlig unfähig zur Rationalisierung des Strafmahes erwiesen habe.“ Wie schützt der Staat sich vor dem Rechtsbrecher? Das ist die Frage, die immer wieder aufgeworfen wird. Die Praxis hat bewiesen, daß die härtesten Strafen nicht zu einer Besserung führen, wenn nach der Tat nicht für den Gefangenen gesorgt wird. In weiten Kreisen findet dieser Gedanke, daß man den Verbrechen nicht besser behandeln darf, als jene die sich ehrlich durch ihr klammerliches Dasein schlagen müssen. So benehmet die Gefangenenerziehung gerade in diesen Kreisen dem größten Mißtrauen. Scheitert aber nicht die ganze Strafbefehl nach der Verbüßung in den Ereignissen der Gegenwart. In einer wirtschaftlich so katastrophalen Zeit, wie in der untrigen, wo Millionen von Arbeitslosen keine Arbeit finden können, fällt es dem Volkswohlstand tausendmal schwerer, wieder in ordentliche gesellschaftliche Verhältnisse zu kommen. Immer mehr hat sich deshalb auch der Gedanke durchgesetzt, daß man statt Vergeltung die Erziehung fordert. Die sozialen Kräfte im Strafwesen sollen gemeint, die alosialen unterbunden werden. Solange man aber in der Befragung nur die Vergeltung sah, stand der Rechtsbrecher seinem Schicksal ziemlich gleichgültig gegenüber. Der Ershebungsgehalt im Strafwesen soll aber den Menschen innerlich und äußerlich darauf vorbereiten, wieder ein tätiges Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden.

Die heutige Notzeit treibt den Menschen zu Tausenden zu Taten, die sie mit dem Gesetz in Konflikt bringen, die aber nicht durch hohe Abstrafungen abgemindert werden können. Auserordentlich groß ist die Zahl der Jugendlichen, die zu diesen Rechtsbrechern gehören. Wenn sie in ihrer Jugend gleich alle Härten des Gesetzes am eigenen Leben verspüren müssen, schwindet in ihnen immer



Als Auftakt zur...

Reichstagswahlkampf

finden am

Sonntag, den 3. Juli

im ganzen Bezirk Mittelbaden

Mitglieder-Konferenzen

statt wie folgt:

Gruppe Blankenloch (Blankenloch, Spöck, Hagsfeld, Graben). Tagungsort: Hagsfeld, mittags 3 Uhr, im Rathaus. Referent: Gen. Haedler (Karlsruhe).

Gruppe Büsenbach (Büsenbach, Langensteinbach, Ehenot, Spielbera, Reichenbach, Auerbach, Bruchhausen, Ettlingenweier, Ettlingen). Tagungsort: Ettlingen, mittags 2.30 Uhr in der „Krone“. Referent: Reichstagskandidat Gen. Veit (Karlsruhe).

Gruppe Egenstein (Egenstein, Vintenheim, Knielingen, Viedelsheim, B. und L. Neurent, Karlsruhe). Tagungsort: Egenstein, mittags 2 Uhr im „Bad Hof“. Referent: Gen. Trinks.

Gruppe Flehingen (Flehingen, Sulzfeld, Gölse, uien, Rünbach, Mühlbach, Ruit, Bretten). Tagungsort: Sulzfeld, mittags 3 Uhr. Referent: Gen. Eder (Bretten).

Gruppe Forchheim (Forchheim, Mörch, Durmersheim, Dettigheim, Vietigheim, Illingen). Tagungsort: Dettigheim, mittags 1 Uhr in der „Rote“. Referent: Landtagsabg. Gen. Rüdert.

Gruppe Gernsbach-Kuppenheim (Korbach, Hörden, Dittenau, Michelbach, Selbach, Stautenbera, Kuppenheim, Gaggenau, Kottenfels, Bishweier, Sinsheim, Gausbach, B. Baden, Gernsbach, Sulzbach). Tagungsort: Gaggenau, mittags 2 Uhr im „Kreuz“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Reinbold.

Gruppe Heibelsheim (Heibelsheim, Neuhardt, Helmsheim, Gondsheim, Rinklingen, Forth). Tagungsort: Heibelsheim, mittags 2.30 Uhr im „Löwen“. Ref.: Gen. Hesse (Karlsruhe).

Gruppe Lauenheim (bisher Gruppe Rott) (Ebersweier, Leutesheim, Lauenheim, Freistadt, Wilsbühl, Honau, Rehl). Tagungsort: Lauenheim, mittags 2.30 Uhr. Referent: Bürgermeister Gen. Blume (Horb).

Gruppe Muggensturm (Muggensturm, Malch, Oberweier, Ottersdorf, Sandweier, Niederbühl, Hauenerstein, Kofatt). Tagungsort: Kofatt, mittags 2 Uhr im Hotel Kreuz. Referent: Gen. Kimmelman (Karlsruhe).

Gruppe Oberachern (Oberachern, Achern, Kappelrodeck, Bühl, Hundsbach). Tagungsort: Kappelrodeck, mittags 2.30 Uhr, im „Rehstall“. Referent: Stadtrat Gen. Schmelenbecher (Baden-Baden).

Gruppe Oertrich (Oertrich, Oppenau, Zusenhofen, Appenweier). Tagungsort: Appenweier, mittags 2.30 Uhr, in der „Brauerei Scherer“. Referent: Gen. Matth. Schneider (Baden-Baden).

Gruppe Philippsburg (Philippsburg, Wielental, Kirrlach, Huttenheim). Tagungsort: Huttenheim, mittags 3 Uhr. Referent: Gen. Koch (Karlsruhe).

Gruppe Zeutern (Weber, Zeutern, Odenheim, Menzingen, Zeutringen, Unteröwisheim, Gochsheim, Bruchsal). Tagungsort: Unteröwisheim, mittags 2.30 Uhr, im „Schwanen“. Referent: Gen. Siaber (Bruchsal).

Gruppe Weingarten (Weingarten, Untertombach, Gröningen, Obergrombach). Tagungsort: Weingarten, mittags 2 Uhr. Referent: Gen. Schröner (Karlsruhe).

Gruppe Wilsbach (Wilsbach, Söllingen, Berghausen, Jöblingen, Wöllingen, Kleinfeinbach). Tagungsort: Kleinfeinbach, vor-mittags 9 Uhr im „Dahle“. Referent: Gen. Heller (Karlsruhe).

Gruppe Gengenbach (Gengenbach, Eiersweier, Berghausen, Nordach, Zell a. S., Offenburg). Tagungsort: Gengenbach, mittags 2.30 Uhr. Referent: Gen. Läublin (Offenburg).

Gruppe Grünwettersbach (Grünwettersbach, Wolfartsweier, Hohenwettersbach, Kalmbach, Durlach). Tagungsort: Wolfartsweier, mittags 2 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Riber (Durlach).

Gruppe Florheim (umfasst sämtliche Ortsvereine des Amtsbezirks Florheim). Tagungsort: Florheim, mittags 2 Uhr. Referent: Reichstagskandidat Gen. Lohmann-Florheim.

Für diese Konferenzen ist die Gruppierung beibehalten, die bisher für die Gemeindefreier-Gruppenkonferenzen in Anwendung kam. Auch die bei den letzten Konferenzen bestimmten Tagungsorte haben wir beibehalten, soweit sie einigermassen zentral lagen. Wo dies nicht der Fall war, mussten wir einen anderen zu erreichenden Tagungsort festlegen. Da wir es für außerordentlich wichtig halten, dass die in den Städten wohnenden Genossen und Genossinnen mehr wie bisher in Erfahrung kommen mit unfern ländlichen Ortsvereinen, haben wir auch soweit wie möglich die ländlichen Tagungsorte beibehalten.

Im Hinblick auf die unabweisbare Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes erwarten wir von unfern Mitgliedern möglichst vollständigen Besuch dieser Konferenzen. Insbesondere bitten wir die in den Städten wohnenden Genossen und Genossinnen, die in den Landorten stattfindenden Konferenzen, die mit den Fahrrädern und auf Fuß weinere nur mit kurzen Behelfen zu erreichen sind, zahlreich zu besuchen.

Mitgliedsbuch dient als Ausweis!

Die in vorstehender Zusammenstellung noch nicht genannten Lokale werden noch bekannt gegeben.

In sämtlichen Konferenzen lautet das Thema:

Die Reichstagswahl — der Kampf gegen Kapitalisten- und Monarchistenrecht.

Referentenversammlung

Referenten! Die auf kommenden

Donnerstag, den 30. Juni,

festgesetzt

Referentenversammlung

in welcher Gen. Reinbold (Mannheim) spricht, beginnt bereits um 8 Uhr und findet im Volkshaus in Karlsruhe, Schützenstr. 16, statt.

Das Parteisekretariat.

Den Ortsvereinsstellern sind Vordrucke für die Abrechnung des 2. Quartals 1932 zugegangen. Können die restlichen Beträge abschließend ein und halten den Abrechnungstermin — 10. Juli — allerorts ein, damit Kopf und Hände frei werden für den Wahlkampf.

Das Parteisekretariat.

Arbeiter der Stirn und der Faust!

Jeder gebe sein Scherlein zur Unterstützung des Kampfes der SPD.

Jeder kaufe Freiheitsopfermarken!

Erhältlich bei den Kassieren der Ortsvereine, in den Städten auch bei den Bezirkskassieren, in Karlsruhe außerdem bei der Buchhandlung des Volksfreunds.

Wer keine Gelegenheit hierzu hat, überweise sein Kampfgeld auf Postkontokto 29 081 Postfachamt Karlsruhe (Sozialdemokratisches Parteisekretariat).

Kleine bad. Chronik

Der rasende Tod

* Schwellingen, 27. Juni. Auf der Mannheimer Landstraße ereignete sich gestern abend gegen halb 10 Uhr ein tödlicher Verkehrsunfall. Der 17jährige Schüler Walter Kehl fuhr aus Mannheim streifte mit seinem Motorrad beim Ueberholen den radfahrenden Händler Eitel von hier und schleuderte ihn von seinem Fahrzeug. Der junge Mann scheint dabei die Herrschaft über sein Motorrad verloren zu haben; er steuerte plötzlich quer über die Straße und rannte in voller Fahrt gegen den aus Richtung Schwellingen kommenden schweren Hochwagen eines Mannheimer Arztes. Das Motorrad wurde vollständig zertümmert, Kehl fuhr auf das angränzende Ackerfeld geworfen. Bei dem Zusammenprall erlitt der junge Mann zahlreiche Knochenbrüche und starb heute früh fünf Uhr im Allgemeinen Krankenhaus in Mannheim. Auch das Auto wurde schwer beschädigt, während die Insassen mit dem Schrecken davonkamen. Der Radfahrer Eitel erlitt Hautabstürzungen und Quetschungen.

Todessturz

* Kappelrodeck, Amt Bühl, 27. Juni. Der Landwirt Leo Mittel stürzte beim Kirchenbrechen von einem Baum und blieb mit einer schweren Schädelverletzung liegen. Im Krankenhaus Bühl ist er am Sonntag abend gestorben.

* Weisweil, Amt Waldshut, 27. Juni. In der Nacht zum Montag fuhren auf der Straße Weisweil-Erzingen zwei Motorradfahrer aufeinander. Der Fahrer Franz Kndleser von Erzingen wurde auf der Stelle getötet, Alfons Bollinger von Weisweil kam mit einem Bruch des rechten Schienbeins davon.

* Haujach, 27. Juni. Der 23 Jahre alte Hermann Moser von Haujach und sein 28 Jahre alter Freund Heinrich Kronenwittler, ebenfalls von hier, die über Sonntag von Ulm an der Donau kommend ihre Eltern besucht hatten, erlitten auf der Rückfahrt bei Göttingen (Württemberg) einen Unfall. Dabei wurde Moser auf der Stelle getötet und Kronenwittler brach den Fuß.

Marktberichte

Karlsruher Schlachthofmarkt. Zufuhren: Ochsen 35 Stück, Preise: 31—35, 29—31, 28—30, 26—28, 24—24, 23—24. Bullen 62 Stück, 27—28, 24—25, 23—24, 20—23. Rülbe 37 Stück, 20—25, Färsen 120 Stück, 31—37, 23—29. Grobvieh insgesamt 254 Stück. Kälber 280 Stück a—b, 38—40, 35—38, 31—35, 19—24. Schweine 1121 Stück a—, b 44—46, 45—48, 42—46, 40—42 f—, g Sauen 32—36. Gesamtaufuhr 1655 Stück. Notiz: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Bei Grobvieh und Schweinen langsam, geringer Ueberstand, bei Kälbern langsam, geringer Ueberstand.

Gemeindepolitik

Der Deutsche Städtetag zur letzten Notverordnung

Die Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preuß. Städtetages am 24. und 25. Juni in Berlin standen im Zeichen der letzten Reichsnotverordnung. Der Vorstand stellte einmütig und mit großem Nachdruck fest, dass die in Aussicht genommene Reichshilfe nach Umfang und Art nicht genügt, um die katastrophale Lage der Städte endgültig zu beseitigen. Der Verteilungsschlüssel für die Reichshilfe wird der tatsächlichen Lage vieler Städte nicht voll gerecht und bedarf deshalb einer gewissen Korrektur.

Die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe entspricht nicht den Grundfragen einer iverkamen und einfachen Verwaltungsgemeinschaft. Entgegen dem Vorschlag des Deutschen Städtetages und zahlreicher anderer Stellen ist eine Vereinfachung der Arbeitslosenhilfe nicht erfolgt. Besondere Schwierigkeiten bringen die Uebergangsbestimmungen. Es ist in den großen Städten völlig unmöglich, bis zum 23. Juli die Hilfsbedürftigkeit in allen Fällen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zu prüfen.

Der Zusammenhang der Wirtschaft und der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden verlangt gemeinsame Anstrengungen aller öffentlichen Körperschaften, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Notverordnungen der letzten Zeit beweisen, dass diese Erkenntnis auch in verschiedenen Ländern noch nicht Allgemeinut geworden ist. Maßnahmen, die auf den anderen Teil der öffentlichen Gebietskörperschaften keine Rücksicht nehmen erschweren die Arbeit für das Volkstum durch nutzloses Gegen- und Nebeneinander. Die Gemeinden durch nutzloses Gegen- und Nebeneinander an der unteren Grenze angelangt, die ohne schlimme Folgen für die Gesamtheit nicht überhritten werden darf. Die Städte beklagen, dass die Frage der kommunalen Umgestaltung immer noch nicht befriedigend gelöst ist. Auch die Sicherung der Gemeinden vor Klagen, Vollstreckungen und Konturfuren ist trotz der allgemein anerkannten Notlage und trotz aller Vorstellungen des Städtetages bislang nicht durchgeführt.

Wochenprogramm der S A J

S A J, Groß-Karlsruhe

Dienstag: Gruppe Ruppurr: Um 20 Uhr Gruppenabend im Rindergarten.

Gruppe Or: Arbeitsgemeinschaft: „Der Sozialismus in der Geschichte.“ Mittwoch: S A J, Falken: 20 Uhr im West Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

SSG: Zusammenkunft fällt aus.

Donnerstag: Groß-Karlsruhe: Ab 18.30 Uhr Bücherei im Volkshaus.

Gruppe Mühlburg: Im Zeichen der Arbeitslosen im Rindergarten.

Freitag: Spielmannszug: Leitung im Volkshaus. Pfeifer von 20 Uhr bis 20.45 Uhr, Trommler von 20.45 Uhr bis 21.30 Uhr.

Durlach

Mittwoch, 29. Juni: Arbeitsgemeinschaft mit Genosse Zier. Donnerstag, 30. Juni: Wir treffen uns ausnahmsweise mit den Rädern um 8 Uhr im Heim.

Sonntag, 3. Juli: Wanderung. Näheres Mittwoch.

Weingarten

Dienstag fällt der Gruppenabend aus.

Mittwoch: Arbeitsgemeinschaft über das Heidelberger Programm. Leiter: Genosse Bruber.

Ettlingen

Dienstag, 28. Juni: Politischer Ausprobieren.

Freitag, 1. Juli: Wir gehen in die Parteiverammlung.

Montag, 4. Juli: Funktionärstagung.

Gaggenau-Kottenfels

Dienstag: Mitarbeiterversammlung im Lauenheim. Augenzeugen, es gibt kein Fehlen. Unsere Arbeit im kommenden Wahlkampf muß besprochen werden.

Freitag: Kommunist in der Turnhalle.

Sonntag: Nachmittags 3 Uhr Pilotarbeit aller Genossen beim Jugendheim; es können auch Genossinnen mitgehen.

Sonntag: Wanderung. Näheres wird noch bekanntgegeben. (Beitrag abdrucken.)

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Gruppe Or und Rindheim: Rote- und Jungfalken: Zusammenkunft Mittwoch von 5—7 Uhr in Rindheim Arbeiterzimmer (Welsch).

Gruppe Süd: Rote- und Jungfalken: Mittwoch 6—8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe West: Rote- und Jungfalken: Mittwoch 5—7 Uhr Zusammenkunft in der Gutenbergschule.

Gruppe Durlach: Rote Falken: Samstag 5—7 Uhr Zusammenkunft in der Zukunft.

Jungfalken: Mittwoch von 1/3—1/5 Uhr Zusammenkunft in der Zukunft.

Gruppe Ruppurr: Samstag 3 Uhr Zusammenkunft im Rindergarten.

Gesf: Freitag 8 Uhr Sitzung Jugendheim. Thema: Wahlen für Gemeindegastung. — Samstag 4 Uhr Abfahrt am Durlacher Tor zum Helfertur nach Maulbronn.

Durlach

Abteilung Rote, Jung- und Reifalken!

Die Gruppenstellung und Zusammenkünfte finden in Zukunft folgende Art:

Reifalken: 1., 2., 3. Klasse findet die Zusammenkunft Mittwoch von 3—5 Uhr im Sportplatz.

Jungfalken: 4. und 5. Klasse findet die Zusammenkunft Samstag nachmittags 3 Uhr im Sportplatz. Samstag, den 2. Juli, Monatsversammlung.

Rote Falken: 6., 7. und 8. Klasse findet die Zusammenkunft Mittwoch von 1/6—1/8 Uhr im Sportplatz. Mittwoch, den 29. Juni Monatsversammlung. Die Falken besuchen ihre Zusammenkünfte regelmäßig und pünktlich.

Abteilung Helfer! Die Helfertagung findet am Donnerstag, den 30. Juni, im Sportplatz. Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Ettlingen

Dienstag, 28. Juni: Wieder und Spiel.

Freitag, 1. Juli: Sporthaus.

Sonntag, 2. Juli: Helfertagung.

Auskünfte der Redaktion

Landmiete! 1. Nach unserer Auffassung sind Sie im Recht; die Mieter kann die Anwesen nicht ohne weiteres an der Miete abziehen. Wenn er mehr wie 1/3 Monate im Rückstand ist, so können Sie auf Rückzahlung haben und zwar beim Amtsgericht A 2 (Mietengericht). 2. Ob eine Verjährung in Anbetracht der Gemeinlichkeitsrechnung in Frage kommt, ist zweifelhaft. Im allgemeinen verjährten dergleichen Forderungen in zwei Jahren.

Die Sozialdemokratie mahnt und warnt

Die Besprechung mit einem Papen-Minister
 Berlin, 27. Juni. (Sig. Draht.) Die Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Crispian, Dittmann, Vogel und Stämpfer sprachen am Montag abend beim Reichsinnenminister von Papen vor. Die Beschwerden über den Terror der SA, die in dem Brief des Parteivorstandes an den Reichspräsidenten erhoben wurden, wurden im einzelnen vorgelesen. Sie überreichten dem Minister zwei umfangreiche Mappen, in denen die terroristischen Handlungen der Nationalsozialisten in zahlreichen Fällen nachgewiesen werden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Fälle, die sich nach der Aufhebung des SA-Verbots ereignet haben. Der Minister sagte die Prüfung mit allen Mitteln zu.
 Im Falle des Angriffs auf das Vorkriegs-Gebäude haben sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei auf ein nationalsozialistisches Flugblatt berufen, aus dem klar hervorgeht, daß die Nationalsozialisten die Anreifer waren. Schließlich stellten sie den Minister vor die trübselige Frage, ob er die im Brief des Reichspräsidenten umschriebenen Voraussetzungen für ein Vorgehen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln in Anbetracht solcher Ausschreitungen als gegeben betrachte. Der Minister erwiderte, daß dies noch nicht der Fall sei.
 Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erklärten zum Schluß der Unterredung, sie seien der Überzeugung, daß ein weiteres Dulden des Uniformterrors der SA zu Folgen zu führen drohe, für die niemand die Verantwortung übernehmen könne.

Diétrich über die „Gelsenkirchener Sanierung“

Heidelberg, 27. Juni. Minister a. D. Diétrich sprach am Sonntag in einer stark besuchten Kreisversammlung der Staatspartei in Heidelberg. Er schilderte die Tätigkeit des Kabinetts Brüning und verteidigte die Transaktion mit dem Gelsenkirchener Stahlverein. Die Angelegenheit sei nicht etwa überhastet worden. Es handle sich um die Bewältigung einer seit langem auf der Regierung lastenden ungeheuren Sorge, von der her die größte Gefahr für die gesamte deutsche Wirtschaft drohte. Von Subventionen könne in diesem Falle keine Rede sein. Die Hälfte der westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie unterliegt jetzt der Einflußnahme des Reiches. Die Summe, die dazu notwendig war, um diesen ungeheuerlichen Schritt durchzuführen, sei im Verhältnis zur Größe des Objekts gering. Der Zustand sei heute in Deutschland so, daß die öffentliche Hand, ob sie will oder nicht, sich um die größeren wirtschaftlichen Zusammenhänge kümmern müsse. Das seien die Banken, das sei die Kohlen- und Eisenproduktion und das sei schließlich der ostfälische Großgrundbesitz. Die Art, wie die Politik mit diesen drei Faktoren arbeite und sie für die gesamte Wirtschaft einplanen werde, sei entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.
 Diétrich bekannte sich zum Schluß zu einer „Sammlung der Mitte“.

Sensation im „fall Köhm“

Der bolivianische Oberleutnant und Stabschef der neugegründeten Hitlerischen Sturmabteilungen hat nunmehr gegen Dr. Köhm den Erlass einer einstweiligen Verfügung ohne vorhergehende mündliche Verhandlung beantragt mit dem Zweck, die weitere Verbreitung der „Köhm-Briefe“ zu verhindern. Das Landgericht I zu München hat es abgelehnt, sich als Vorposten für römische Sonderinteressen profilieren zu lassen: die von Köhm beantragte einstweilige Verfügung wurde nicht erlassen, es wurde vielmehr mündliche Verhandlung auf den 5. Juli anberaumt, um Dr. Köhm Gelegenheit zu geben, den Nachweis dafür zu führen, daß die gesamte Öffentlichkeit nach wie vor das größte Interesse hat an der Demasierung eines Mannes, den Hitler erneut mit der Leitung der SA beauftragt hat und der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet ein- und ausgeht in der Reichskanzlei des Herrn von Papen.
 Geradezu sensationell ist die uns im Original vorliegende Begründung, die Herr Köhm seinem Antrag gegeben hat! Von gefälligen Briefen ist keine Rede mehr!
 Diese Briefe sind vielmehr (wie zitierten wörtlich aus dem Schriftsatz des Herrn Köhm), „vertrauliche Mitteilungen und Bekennnisse an einen befreundeten Arzt“, sie sind „ärztliche Befunde“, deren Veröffentlichung die Abgabe eines „herabsehenden Werturteils“ darstellt. Herr Köhm macht das ärztliche Berufsgeheimnis mobil; das, was „ein Vertrauender an einen Arzt schreibt“, dürfe nicht anderen Personen zugänglich gemacht werden.
 Im übrigen habe Herr Köhm „als der Verfasser dieser Briefe“ das Recht, die Nichtveröffentlichung derselben zu fordern und zu erwirken (hierzu erklärt uns Dr. Köhm, daß er dem Herrn Köhm das „Ueberbrettsrecht“ an den Briefen keineswegs zu befreien gedenkt!) Und schließlich sei dem Herrn Köhm durch die Veröffentlichung der Briefe ein erheblicher „vermögensrechtlicher und immaterieller Schaden entstanden“.

Das, was wir erreichen wollten, ist erzwungen: Herr Köhm, der in die hoffnungslose Enge getrieben wurde, hat die Echtheit seiner Liebesbriefe höchstselbst bezeugen müssen. Aufgabe von Dr. Köhm wird es sein, dem Gericht darzutun, daß — wie Herr Köhm so schön zu schreiben geruh — der von ihm empfundene „Ueberdruß an der schwarzen Koll“ in Bolivien und sein „Schrei nach den weichen Tugenden in Berlin“ mit „ärztlichen Befunden“ eines Kranken nicht das geringste mehr zu tun hat. Wer, wie Herr Köhm, sein höchstes Lebensziel darin erblickt, die deutsche Jugend in seinem Sinne zu erziehen, und wer, wie derselbe Herr Köhm, die Hemmungen, die der „löpliche Moralist Alfred Rosenbergs“, der Chefredakteur des Völkischen Beobachters, ihm entgegenzusetzen verliert, abweist, der ist nicht der Mann, der von dem „befreundeten“ Arzt zum gefunden und natürlichen Leben zurückgeführt werden will.
 Der sucht vielmehr in dem Arzt den Vermittler, der ihm die Objekte seiner besonderen Lust zutreibt. — Was die Köhm-Briefe mit erschreckender Deutlichkeit beweisen!

Langfristige statt kurzfristige Kredite?

Ein englischer Plan
 London, 27. Juni. Einer Information des Evening Standard zufolge hat sich eine Gruppe englischer Banken zur Umwandlung von über 5 Millionen Pfund Sterling kurzfristiger Deutschland gewährter Kredite in solche auf langfristige Sicht bereitgefunden.
 Wie das Blatt ferner ausführt, sind die britischen Interessenten an dem Stillhalteabkommen im allgemeinen gegen die Anwendung eines so starken Druckes auf die deutschen Schuldner. Dagegen sei man in Kreisen Londoner Bankiers bestrebt, für die Vorverpflichtung eine Sonderlösung, und zwar möglichst in der Form baldiger Barzahlung, anzubahnen.

Was leisten die Gewerkschaften?

Ein mahrender Bericht des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes

Die Nazis — ausgerechnet sie — wollen die deutsche Seele retten. Sie wissen, warum sie die Seele retten wollen. Den deutschen Hunger können sie nicht stillen. Das ist für sie unmöglich, denn sie stehen ja mit der Regierung der Schlotbarone und Krautjunfer im Bund, und die sorgen schon dafür, daß die Proleten künftig ihren Hungerriemen noch enger schnallen werden. Die Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen beweist das bereits zur Genüge.
 Bleiben die Hitlerbarone am Ruder, dann kann die Zeit kommen, wo den Arbeitern die Löhne und die Unterzählungen, die sie unter der Führung der Gewerkschaften errungen haben, wie ein Märchen vorkommen werden.
 Die Arbeiter können dann vielleicht ihren Kindern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Jahre vor der Krise mahnen — aber wahre Wunderdinge erzählen, und die Jahresberichte der Gewerkschaften können dann noch einmal bei manchem Arbeiter schmerzliche Erinnerungen wachrufen.
 So mancher Arbeiter hat ja noch immer nicht den Ernst der Stunde erkannt. So mancher hat noch immer nicht begriffen, daß auch er trotz allem bisherigen Abbau an allen Ecken und Enden noch immer etwas zu verlieren hat. So mancher Arbeiter, der immer noch nicht weiß, daß es ihm noch viel schlechter gehen kann, als es ihm zur Zeit bereits geht, sollte sich in diesen Tagen die Mühe nehmen und die zur Zeit erscheinenden Jahresberichte der Gewerkschaften, vor allem den Bericht seiner eigenen Organisation, mit Aufmerksamkeit zu lesen.

Ein erstaunliches Stück Arbeit ist, das in diesen Jahresberichten bei der Bekämpfung sichtbar wird. Ein Stück Arbeit, die nur möglich war und ist, weil die Gewerkschaften trotz aller Widermächtigkeiten der Zeit den Mut nicht sinken lassen und mit unerschütterlichem Glauben an die Kraft und Güte ihrer Sache den Kampf um die Lebensinteressen des Arbeiters durchsetzen.
 Ein neues überzeugendes Beispiel für die ungebrochene Kraft der Gewerkschaftsarbeit — auch mitten in der Krise — ist der soeben erschienene Bericht der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter über die Tätigkeit ihrer Organisation im Krisenjahr 1931.

Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung haben den Konsum der breiten Massen scharf eingeschränkt. Wer will sich da wundern, wenn auch bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen. Ende Dezember wurden 11.578 arbeitslose und 43.097 in Kurzarbeit stehende Verbandsmitglieder festgestellt. Staat hat die Kurzarbeit vor allem in den Brauereien um sich gegriffen, und in den handwerklichen Gewerbegruppen wie Bäckerei, Konditorei, Fleischeri und Metzgerei hat die Überhandnahme der Arbeitslosigkeit zur Steigerung der Arbeitslosigkeit noch ein Übriges getan.

Das gelesene Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien war scharfen Angriffen ausgesetzt. Sie konnten dank der Unterstützung des DGB und der Sozialdemokratischen Partei

abgewehrt werden. Gegen die zunehmende steuerliche Belastung in der Brauindustrie wurde die Organisation wiederholt bei der Regierung vorgeht. Eine Senkung der Biersteuer ist erst Anfang dieses Jahres durchgeführt worden.

Abwehrkämpfe gegen die Arbeitgeber wurden in 1036 Fällen geführt; erfaßt wurden davon 353.489 Beschäftigte. In den allermeisten Fällen wurde bei den Verhandlungen eine Einigung erzielt.

Wichtige tarifliche Erfolge

wurden trotz des unerhörten Ansturms der Unternehmer festgehalten: für 44.666 Personen wurde eine Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich vereinbart. Löhnerhöhungen wurden erhalten 236.298 Personen, Zuschläge für Sonntagsarbeit bis zu 50 Prozent bekommen 225.196 Personen, Zuschläge für Nachtarbeit bis zu 50 Prozent bezogen 204.938 Personen, jährliche Ferien bis zu 18 Tagen erhalten 246.501 Personen, und die Bezahlung des Lohns in Krankheitsfällen bis zum Höchstausmaß von 8 Wochen ist für 235.652 Personen tariflich geregelt; davon wird der Lohn bis zu zwei Wochen für 44,6 Prozent und bis zu 4 Wochen für 34,5 Prozent aller der Tarifen unterliegenden Personen weitergezahlt. Große Bedeutung legte die Organisation der

Jugendbewegung

bei. In 104 Orten bestehen Lehrlings- und Jugendabteilungen. Der Gesamtbestand der organisierten Lehrlinge und Jugendlichen betrug am Jahresende 6753; darunter sind die Lehrlinge in den Bäckereien und Konditoreien als die stärkste Gruppe vertreten. Die stärkste Jugendbewegung des Verbandes ist in Rheinland und Westfalen zu verzeichnen.

Für Unterfertigungen wurden fast 6 Millionen Mark aufgewendet, davon über 2 Millionen Mark für Arbeitslose, 900.000 Mark für Kranke, 1.754.000 Mark für Invaliden und 273.000 Mark für Sterbeunterstützung. Für die neu beschlossene Aussteuerunterstützung wurden 2.600 Mark und für den Rechtschutz 91.000 Mark ausbezahlt. Die Sonderwohnungsunterstützung betrug 208.000 Mark. Die Jugendbewegungen und Streiks erforderten über eine halbe Million Mark. Dazu kommen dann noch viele hunderttausend Mark, die

bei den Arbeitsgerichten

an rückständigen oder einbehaltenem Tariflohn mit Erfolg eingeklagt werden konnten.

Die Einheitsorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie hat also im Krisenjahr 1931 ihren Mann gestanden. Dem Unternehmertum gelang es nicht, seine Pläne auf Verdrümmung der gesetzlichen Arbeitsverhältnisse und der bestehenden Tarifverträge zu verwirklichen. Umgekehrt erreichte die Organisation eine weitere Sicherung der Vertragsbestimmungen und sogar noch beachtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Verband bewies, daß er mit Erfolg für seine Mitglieder kämpft und arbeitet.

Wann werden die der Organisation noch fern stehenden Arbeiter aus diesem Ergebnis die Konsequenzen ziehen und den Weg zur Gewerkschaft finden, den Weg zur organisierten Arbeiterbewegung?

Aus aller Welt

Isfyon in der Türkei

Konstantinopel, 27. Juni. Ein starker Isfyon suchte die Küstengebiete bei Calesira in Palästina heim. Der Schaden ist groß.

Revolverattentat im Warschauer Magistrat

Warschau, 27. Juni. Ein Beamter der Finanzabteilung des Magistrats gab heute bei einer erregten Auseinandersetzung über Gehaltsanprüche auf den stellvertretenden Revolverkassier ab, die diesen lebensgefährlich verletzten. Der Täter wurde verhaftet.

Spinale Kinderlähmung in Magdeburg

Magdeburg, 27. Juni. In Groß-Ottersleben bei Magdeburg erkrankte vor etwa 14 Tagen ein Kind an spinaler Kinderlähmung. Seither sind 8 Kinder im Alter von 1-2 Jahren von der furchtbaren Krankheit befallen worden.

Sächsischer Ballon bei Prag gelandet

Prag, 27. Juni. Unweit von Prag landete der sächsische Freiballon „Schwarzenberg 2“, in dem sich drei Chemiker Sportleute befanden. Nach Erlebigung der Formalitäten wurde der Ballon freigegeben. Die drei Chemiker haben bereits die Heimreise angetreten.

„G 38“ in London

London, 27. Juni. Das deutsche Großflugzeug „G 38“ ist heute mit 30 Passagieren an Bord auf englischen Boden in Croppon gelandet. Wegen seiner Größe konnte das Flugzeug in seinen Schuppen gebracht werden, es wird deshalb auf dem Flugplatz veranfert.

Selbstmord zweier Berliner Bankiers

Berlin, 27. Juni. Wie jetzt erst bekannt wird, haben in den letzten Tagen zwei in Berliner Börsenkreisen bekannte Bankiers durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende gemacht. In einem Hotel unter den Linden erschoss sich der Bankier Landshöfer, ein Bruder des Berliner Vertreters der Frankfurter Bank J. Dreufuß. Der zweite Bankier, der Selbstmord verübt hat, ist der frühere Inhaber der Berliner Bankfirma Gieseler, Trier u. Co., Siegfried Baer. Er hat sich wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit einem Schlafmittel vergiftet.

Riesenbrand in Antwerpen

Antwerpen, 27. Juni. In der großen Markthalle St. Jacques, die mehreren Genossenschaften als Lagerhalle für die verschiedensten Güter dient, brach heute nacht ein Brand aus, der rasch um sich griff und auch auf die benachbarten Gebäude, darunter ein Hofplatz für Getreide und eine Kirche, übergriff. Die Feuerwehre mehr machte alle Anstrengungen, um ein weiteres Umfassen des Brandes zu verhindern. Mehrere Feuerwehreinheiten sind leicht verletzt worden.

Verkehrsunfall in Böhmen

Prag, 27. Juni. Zwischen Komotischau und Brüx stürzte ein vollbesetzter Kraftwagen an einer scharfen Kurve in einen Straßengraben. Vier Insassen sind furs nach dem Unfall ihren Verletzungen erlegen.

Krieg im Frieden

Auf dem polnischen Artillerie-Schießplatz bei Komel in der Nähe von Warschau wurden bei einem Unfallschießen vier Soldaten durch einen Rohrtreppierer getötet.

Effektenziehungen en gros

Die Affäre des früheren Großbankangestellten Sedlmeyer, der wegen Devisenziehungen in Haft genommen worden ist, beginnt sich zu einem Devisenandal größten Umfangs auszuweiten. Es sind Effekten im Werte von mehr als 5 Millionen Mark beschlagnahmt worden.

ben worden. Der Hauptschuldige ist jedoch nicht Sedlmeyer, sondern der Berliner Kaufmann Adam Kaufman, der auf Grund eines Haftbefehls der Berliner Staatsanwaltschaft in Baku festgenommen worden konnte. Kaufman hat planmäßig in Russland, in der Schweiz und in Oesterreich deutsche Wertpapiere gekauft und nach Deutschland gebracht. Hier trat er mit Sedlmeyer in Verbindung, der durch seine Tätigkeit in der Devisenabteilung einer Berliner Großbank über die notwendigen Kenntnisse verfügte. Sedlmeyer ließ über seine verschiedenen Konten bei den Berliner Bankhäusern die Papiere als Inlandsbesitz verkaufen.

Bertram ermordet?

Australische Eingeborene, die aus dem Innern des Landes nach Wundbam gekommen sind, berichteten, daß ein Eingeborener die vermissten deutschen Flieger Bertram und Clausmann an einer Stelle im Busch mit einem Speer getötet habe. Eine Polizeiarrestation ist aufgebrochen, um Nachforschungen anzustellen.

Aus der Schule

In der oberen Klasse eines mitteldeutschen Städtchens wollte der Lehrer vorige Woche eben mit dem Unterricht Schluss machen, als einer, der von seinen Mitschülern neidlos als der größte Schwächling der Klasse anerkannt wird, die Hand in die Höhe hob. Darauf fragte ihn der Lehrer: „Na, was willst du denn noch, Müller?“ „Was ist Antwort“, sagte der Schüler: „Der Lehrer, ich weiß aber was Feines!“ „Lehrer, da lass nur.“ „Schüler schmunzelnd: „Herr Lehrer, wissen Sie schon, wie die Nazis, die Kosis und Sosis sich gegenwärtig verhalten?“ Der Lehrer wies nun schon, daß jetzt ein echter Mütterlicher Wit folgt, deshalb jagt er lächelnd: „Ja, woher weißt du denn das?“ „Schüler: „Ach, mein großer Bruder hat mir gesagt. Die Nazis, die haben die ausgebreitete rechte Hand, so hoch, wie sie nur können, die Kosis, die haben den rechten Arm bis zur Schulter und machen eine Faust und die Sosis haben den rechten Arm so hoch wie die Nazis und machen auch eine Faust.“ Hierauf fragte der Lehrer: „Was sollen nun diese verschiedenen Grüße aber bedeuten?“ „Schüler: „Das hat mit mein Großer auch gesagt. Die Kosis wollen sagen: „Kommt nur her, ihr elenden Hunde!“ Und die Sosis wollen drauf: „Ach, wir haben vor niemand Angst, kommt ihr nur her!“ Und die Nazis, die wollen sagen: „Gudt mal her, so hoch liegt in unserer Partei der Dreck!“ — Sächsischer Heiterkeit, in die der Lehrer verständnisvoll mit einstimmt, beendete an diesem Tage die Unterrichtsstunde.

Vor dem Urteil im Sklarekprozess

Berlin, 27. Juni. In der heutigen Verhandlung des Sklarekprozesses wurde den Angeklagten das letzte Wort zu ihrer Verteidigung gegeben. Am Dienstag dürfte das Urteil erfolgen.

Deutschland, die fromme Kinderstube

Böhmisch, 27. Juni. In der Nähe des Bahnhofs wurde in der vergangenen Nacht der kommunistische Arbeiter Klaus von politischem Geanern erschossen. Heute morgen wurde ein Nationalsozialist in Uniform von den Wächtern des Ermordeten angehalten. Der Nationalsozialist zog einen Revolver und legte auf seine Widerlächer an. Als die Wache verlor, versuchte er zu fliehen, doch wurde er von Straßenpassanten eingeholt und der Polizei übergeben.

Leipzig, 28. Juni. Bei einem von uniformierten Nationalsozialisten getriebenen Verhaftungsversuch wurde ein Mann durch einen anderen Verhafteten durch einen Schuss in die Brust verletzt. Die Wunde ist wieder hergestellt.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1712 *Französischer Schriftsteller J. J. Rousseau. — 1736 *Fabeldichter G. R. Vieffell. — 1909 *Dichter und Maler Artur Fitzner. — 1914 *Erzherzog Franz Ferdinand und Frau in Sarajewo ermordet. — 1919 Deutschland unterzeichnet den Versailler Vertrag. — 1928 Reichskabinett Hermann Müller-Franke.

Nazirowdys überfallen einen jungen Mann

Eine Genossin schreibt uns: Als ich am letzten Samstag, etwas nach 4 Uhr, die östliche Kaiserstraße passierte, war der Führerüberlauf von 50 bis 60 provozierenden Nationalsozialisten belagert. Auf meinem Rückwege, ca. 20 Minuten später, wurde ich Augenzeuge, wie 5 bis 6 Nazis einen jungen, schwächlichen, etwa 19 bis 20 Jahre alten Mann mit Füssen und Säulen traktierten.

Andere Nazis, die den Tatort umgaben, schrien: „Schlägt ihn tot! Auf ihn!“ u. s. w. Auf die Schreie des Geschlagenen trat ich hinzu und forderte die Rowdys auf, von ihrem Opfer abzulassen. Es sei keine Kunst, wenn soviel Leute auf einen wehrlosen, schwachen Mann einschlagen. Ich ging Johann fort und einer dieser „Helden“ lief mir nach und stellte mich mit den Worten: „Werden Sie nicht so froh, machen Sie, daß Sie weiter kommen, sonst bekommen Sie auch eine Tracht Prügel.“ Er nahm eine drohende Haltung gegen mich ein, aber ich laute diesem Taugenichts, daß er nur schlagen solle, aus meiner Haltung könne er erkennen, daß ich mich vor ihm nicht fürchte. Er dürfte inzwischen auch erkannt haben, daß in meiner Kinderstube eine andere Erziehung herrscht, als dies bei ihm der Fall war und daß ich als Mutter vor einem mißratenen 20jährigen Hegel nicht zurückschreie.

Ich nahm mich Johann des mißhandelten Mannes an und verhandelte die Polizei. Als ich mit dieser am Tatort erschien, sprangen die Wegelagerer in das Haus des Führers hinein, ein anderer Teil davon suchte Schutz hinter der Kirche. Wie man sieht, ist das Führergebäude nichts anderes, als ein Unterschlupf für die Nazi-Führertruppe. Aber trotz alledem war es möglich, mit der Hilfe der Polizei einige Feststellungen zu machen.

Alle Hochachtung vor dieser Frau, die den Mut hatte, den nationalsozialistischen Wegelagerern entgegenzutreten. Viele Männer können an dieser tapferen Frau ein Beispiel nehmen und würden alle Nazijnazis so behandeln wie diese tapfere Frau, so wäre dem freilichigen Gesindel der Nazis, dieser Leibwache der Naziführer, ihr Handwerk bald abgelehrt.

Die rohe Tat findet ihre Sühne

Die Haupttäter an dem obigen gemeinen Überfall hatten sich geltend vor dem Schnellrichter zu verantworten und zwar der berühmte „Nazitourmajor“ Vöfler und Hermann Schneider. Auf der Straße und dem politischen Gegner gegenüber spielt man sich als Rowdy auf und im Gerichtssaal misst man um Gnade und stellt sich als die Unschuld hin. Der Richter wandte sich an die Angeklagten mit den Worten: „Wenn eine Lausbuberei zu verüben ist, müssen Sie dabei sein.“ Vöfler versuchte, sich als Ketzer in der Not hinzustellen, indem er die Streitenden auseinanderbringen wollte. Dieser Naziführer ist ihm aber gänzlich mißlungen. Daß sich der „Tambourmajor“ als Jög. Dienstältester in der Partei bezeichnete, soll nur nebenbei erwähnt sein.

Der Staatsanwalt sowohl wie der Richter geißelten die Tat als eine äußerste Feige. Das Urteil lautete: Die beiden Angeklagten, Vöfler sowie Schneider werden zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 14 Tagen verurteilt. Wegen Fluchtverdacht wurden die Beurteilten in Haft gehalten.

Vöfler winselte am Schluß der Verhandlung um Gnade und Strafausschub, da er Funktionär beim Reichsfeuerwehrtag sei und dabei zu tun hätte. Wir müssen schon sagen, daß die Feuerwehr sich hier, wenn die Aussagen Vöflers stimmen sollten, einen sonderbaren Mitarbeiter ausgesucht hat. Mit solchen Leuten kann sie kein Renomee bei ihrem Feste machen.

Auto gegen Motorrad — Ein Toter

Schon wieder hat sich hier ein fälschlicher Verkehrsunfall ereignet, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Gestern nachmittags 4 Uhr stieß der 25 Jahre alte Josef Buchner aus Wallach bei Ettlingen auf seinem Motorrad an der sonst wenig belebten Ecke Park- und Karl-Wilhelm-Straße mit dem Personenkraftwagen einer bekannten Karlsruher Firma zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß Buchner auf die Straße flog und sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Der Unfälle wurde sofort ins Städt. Krankenhaus verbracht, wo außerdem noch verschiedene andere Verletzungen festgestellt wurden; u. a. wurde ihm ein Stück der Schädeldecke abgerissen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist der bedauernswerte junge Mann kurz vor 5 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

(-) Johannisfeier im Stadtgarten. Endlich hatte auch einmal der Stadtgarten Glanz, denn zum Johannisfest am Sonntagabend war ihm vor allen Dingen gutes Wetter beschieden. Das Fest selbst hatte seine alte Anziehungskraft wieder bewiesen, denn zu vielen Tausenden fanden sich die Besucher ein. Wenn auch das so beliebte Feuerwerk aus Ermahnungsgründen dieses Jahr ausfallen mußte, so hatte das Fest dennoch Freude ausgelöst und den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen. Den musikalischen Teil bestritt das Philharmonische Orchester unter Guhr's Leitung. Freude und Begeisterung herrschte allseits, als der Holst'sche von den Flammen umschwebt und die Feuerwerke am Himmel loderten. Die bengalische Beleuchtung hatte wiederum die Besucher entzückt und alle, die gekommen waren, kamen auf ihre Rechnung. Es war wiederum ein schönes Sommerfest, das die Karlsruher nicht missen möchten.

(-) Hohes Alter. Frau Stefanie Fichtler, Witwe, hier, die 45 Jahre lang Gemeindevorsteherin in Rufach war, begibt am 29. Juni ds. J. in völliger geistiger Frische ihren 90. Geburtstag. Auch wir gratulieren und wünschen einen weiteren gesunden Lebensabend.

Wittmoos-Nachmittagskonzert im Stadtgarten. Wir machen unsere Referat auf das am Mittwoch nachmittag im Stadtgarten von 16-18.30 Uhr

Wirkung der Renten Kürzungen und neuen Steuern auf Karlsruhe

Die neuen Lasten für unsere Stadt — Wie sich der gedrosselte Konsum bei uns auswirken muß

Leider sind viele, die von der neuen Notverordnung nicht direkt betroffen werden, geneigt, die von der neuen Regierung bestimmten neuen Steuern und Unterstützungskürzungen wenig ernst zu nehmen und sich darüber zu trösten, daß die anderen die Leidtragenden sind. Tatsache aber ist, daß alle Angestellten, Arbeiter und Beamten, ebenso wie der gewerbliche Mittelstand rücksichtslos zur Aufbringung der neuen Einsparungen und neuen Steuern herangezogen werden, während die Wohlhabenden lediglich nur, wie die ärmste Familie, an der Salzsteuer beteiligt sind. Es dürfte jedem einleuchten, daß eine Gehalts- und Lohnkürzung stets zu einer Drosselung des Umlages führt. Also ist selbstverständlich, daß die Kürzungen der Unterstützungssätze und Renten die gleiche Wirkung haben müssen. Um so mehr, da ja die Sozialrentner nicht in der Lage sind, Reichtümer zu sammeln. Sie geben jeden Pfennig, den sie erhalten, für ihren Lebensbedarf aus. Es fließt demnach weniger Geld in die Kassen der Bäder, Schlachtereien und Konsumvereine. Den Angestellten, Arbeitern und Beamten sind neue Steuern, die sogenannte Arbeitslosenhilfe, auferlegt. Auch sie können weniger für ihren Lebensunterhalt verbrauchen. Ob Steuern oder Unterstützungskürzungen, es bleibt sich gleich: es ist eine neue ungeheure Drosselung des Konsums erfolgt. Ingesamt ergibt sich aus den Kürzungen und neuen Steuern eine Einschränkung des Geldumlaufs von 1355 Millionen Mark. Doch wird mit dem runden Betrage von 1,5 Milliarden gerechnet. Was bedeutet diese Umschmelzung? Der einzelne macht sich kein richtiges Bild, er wird kaum glauben, wie ungeheuer ein einzelner Bezirk betroffen wird. Deshalb verlohnt es sich, nach den üblichen Kopfberechnungen, die ja für jede Statistik maßgebend ist und die die Regierung bei jeder Berechnung anwendet, einen bestimmten Rahmen zu ziehen und eine Berechnung anzustellen, was unsere Stadt im Durchschnitt an laufenden Mitteln verliert, das heißt, wieviel weniger ausgegeben werden kann. Legt man die Einwohnerzahl der Berechnung zu Grunde, so werden

Karlsruhe nicht weniger als 3 045 000 Mark an umlaufenden Mitteln entzogen.

Diese Zahl macht die einschneidenden Bestimmungen der neuen Notverordnung erst richtig deutlich, sie muß auch den Bornierten davon überzeugen, daß er nicht sich weiter für die Parteien der Regierung begeistern kann. Freilich, alle werden es ja in allernächster Zeit selbst verspüren, wie rücksichtslos die Regierung Kassen „sanitiert“, auch dem kleinen Gewerbetreibenden wird einmal drastisch bewiesen, wie das verhasste „System“ für ihn sorgte und daß es ihm am besten ging, als noch die Markzinsen in der Regierung waren oder sie tolerierten. Der Geldbeutel redet ja bekanntlich die deutlichste Sprache. Er wird viele, die unbeherrschbar waren, sicherlich davon überzeugen, wie sie am 31. Juli zu wählen haben. Die Wählerinnen und Wähler werden sich dabei auch erinnern müssen, daß diese Regierung Kassen mit ihren Hungernotverordnungen ihre Regierungsübernahme und ihre Existenz nur den Nationalsozialisten zu verdanken hat. Die Nazis sind deshalb auch mit schuld an dem Raubzug auf die Taschen der Rentenbezieher, an der Salzsteuer und Umsatzsteuer bei Umsätzen unter 5000 Mark.

Ein unhaltbares Urteil

Im Kampf zwischen dem bündestreuem „Arbeiterverein Mannheim Nord e. V.“ gegen die Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit (R.G.) um die Streitfrage, wer als Reichsnachfolgerin des damals übergetretenen Vereins anzusehen ist, ist durch das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe eine unerwartete Wendung eingetreten.

Als der Verein in seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 27. Dezember 1931 mit 54 gegen 19 Stimmen seinen Uebertritt zur Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit beschloß, wurde von dem damaligen Vorsitzenden Heber den „Reinstituten“ erklärt, daß sie sich als ausgeschlossen zu betrachten hätten. Wenige Tage darauf wurde auch der Austritt aus dem Mannheimer Arbeiterport- und Kulturklub vollzogen. Die bündestreue Mitglieder kämpfte von Anfang an die Meinung an, daß es sich bei dem Uebertritt zur roten Sporteinheit um eine sportliche Notwendigkeit handelte, die mit dem Zweck des Vereins nichts zu tun hätte. Diese Gruppe vertrat die Auffassung, die durch sachliche rechtserhebliche Entscheidungen gestützt wird, daß durch den Uebertritt von einer Dachorganisation in eine andere eine Zweckänderung des Vereins vorliege, die nach den Satzungen nur einstimmig beschlossen werden können. Da dies nicht der Fall war, war trotz der Mehrheit für den Uebertritt die Minderheit der rechtmäßige Nachfolger des Vereins.

Dieser Standpunkt wurde auch vertreten, als man den Klageakt bei der 3. Zivilkammer des Landgerichts Mannheim einreichte mit dem Erlaß, daß durch Urteil eine einstweilige Verfügung erlassen wurde, die den Kommunisten bei Strafordrohung verbot, das Gelände des Arbeitervereins weiterhin zu betreten und die sportlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen der zurückgebliebenen Minderheit in irgend einer Weise zu benutzen.

Gegen diese einstweilige Verfügung haben die Anhänger des „Rot-Sport“ Berufung eingelegt, mit dem Erlaß, daß die einstweilige Verfügung aufgehoben wurde mit der Begründung, daß mit dem Uebertritt keine politischen Absichten, verbunden waren und lediglich sportliche Interessen dafür leitend gewesen sein sollten. Hingegen davon, daß niemand außer dem Oberlandesgericht diese Schritte der Kommunisten ernst nimmt, gibt es doch eine ganze Anzahl Zeugen, die jederzeit das Gegenteil beschwören können. Weil es eben die reine Wahrheit ist. Das Urteil stützt sich weiter auf die beim Amtsgericht im Jahr 1932 vorliegenden Satzungen, die sich aber nur ganz allgemein über den Zweck des Vereins aussprechen, deshalb nämlich, weil der damalige Vorsitzende Heber diesen entscheidenden Passus einfach weggelassen hat. Dieses Urteil wird aber in weiten Kreisen der Arbeiterchaft als Ungehörigkeit empfunden werden, nicht zuletzt deshalb, weil alle Entscheidungen des Reichsgerichts den entgegengesetzten Standpunkt der Karlsruher Urteilsbegründung einnehmen. Es sei in diesem

Falle nur einmal auf die Reichsgerichtliche Entscheidung des Falles „Arbeiter-Schwimmverein 1922 Limbach“ hingewiesen, über die wir bereits berichtet haben.

Auch in vielen anderen Fällen ist die Auffassung des Oberlandesgerichts Karlsruhe irrig. Sonderbar macht es an, daß den unbedingten Erklärungen des Vorsitzenden Sch. so wenig Glauben geschenkt wurde als er betonte, „die beim Amtsgericht Mannheim vorliegenden Satzungen sind nicht mit denen identisch, die in der Mitgliedsversammlung vom 12. Mai 1931 beschlossen wurden“. Aber auch sonst behandelte man den ehemaligen Vorsitzenden Heber sehr vorzüglich. Es heißt da: „... daß mangels weiterer Anhaltspunkte es nicht anzunehmen ist, daß der frühere Vorsitzende (Heber) sich einer fälschlich schuldig gemacht habe“. Sollte es aber gerade auf diese Frage ankommen, das Reichsgericht verneint das, so sind sicher eine große Anzahl Zeugen bereit, unter Eid zu erklären, daß Sch. die Wahrheit gesagt hat. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Satzungen erst im Januar 1932 beim Amtsgericht eingetragene wurden, also zu einer Zeit, wo der Streit längst entbrannt war. Unserer Ansicht nach ist es deshalb abwegig, wenn das Gericht annimmt, daß hier eventuell ein Fall der Gebächtniswischung vorliegen könnte.

Aber die Arbeiterathleten werden den Kampf nicht aufgeben. Durch diese Entscheidung sind die Mitglieder des Vereins erneut in Offensiv gedrängt worden. Sie werden diesen Kampf auskämpfen, bis zur letzten Instanz. In diesem für den Verein vielleicht schweren Kampf, werden die gesamten Mannheimer Arbeiterportler als Ausbruch der Solidarität den Kampf unterstützen und Mittel und Wege finden damit der sportliche Betrieb im Verein aufrecht erhalten werden kann.

Wichtig ist bei der Sache aber noch folgendes: Einer der Haupttreiber auf den Anschluß an den kommunistischen Verband, der Herr Heber hat die Vereinskasse um 5 000 Mark leichter gemacht und ist dann rüchlich über Nacht verschwunden. Wie man hört, soll er sich in Hamburg aufzuhalten haben. Nun ist dieser Mann seit einiger Zeit wieder in Mannheim. Der Arbeiterathletenverein hat gegen denselben ein Verbot wegen dem unerschlagenen Vereinsvermögen einleiten wollen. Durch die Wendung in diesem Prozeß sind seine Freunde als die vorläufigen Platzhüter erklärt worden. Wenn sie es mit der Sauberkeit in ihren Organisationen so genau nehmen, dann mögen sie das Verbot durchführen und einen Mann, der sich so am Vereinsvermögen vergreifen, schnellstens entfernen.

Im übrigen warten die Arbeiterathleten mit ruhigem Gemüte ab. Noch ist es nicht aller Tage Abend. Auch dieses Urteil wird seine Richtigstellung erfahren, dann wird der Kampf für die Interessen des Arbeiterports aufs neue beginnen.

stehende Konzert des Wilharmonischen Orchesters besonders aufmerksam. Unter der Leitung des Herrn Rudolf Auer wird dringt das belienf bekannte Orchester eine Reihe der ansprechendsten Konzerte zum Vortrag, so daß der Konzertbesuch an diesem Nachmittag nur empfohlen werden kann. Es gelten an diesem Nachmittag die verbliebenen Eintrittspreise.

Lichtspielhäuser

Reizens-Lichtspiele, Waldstraße 30

„Die 5 von der Jagd“, die in den Reizens-Lichtspielen ihre Ränne im Lustigsten zeigen, werden viele Freunde gewinnen. Wohlgenannt bedürft das natürliche Spiel aller Zuschauer. Neben Jenuß Jugo, die mit Recht heute schon als Star gewertet wird und durch ihre Häßlichkeit, Reizenswürdigkeit und Scham entzückt, spielen Rosi von Götz, Theo Schall, Gerhart Biener, Willy Schur, Peter Berz, Karl Gustav Wulff u. s. w. Es ist eine allseitige Geschichte mit einem nicht allzuüblichen Schluß; es handelt von Liebe, Grabhühen und Lebenslust unter der bewährten Regieleitung von Erich Engel, frei nach der Komödie von Felix Zachmann. Das Konzertprogramm ist immer sorgfältig zusammengestellt und dürfte vor allem der prächtige Gardentanz des Paul Wittmann-Orchesters besonderen Anklang finden. Die bis Mittwoch auf dem Programm befindliche Wochenendausgabe ist das Hauptspiel um die deutsche Reichswehr München — Frankfurt, das große amerikanische Automobilenrennen, ab Donnerstag bringt die Ufa-Wochenendausgabe Silber aus Kaufmann, Aufnahmen vom Prozeß Mautsoda. Alles in allem ein Programm, das sich würdig dem Rahmen der Aufführungen in den Reizens-Lichtspielen anstellen kann. Das Programm beginnt Wochentags um 4, 6, 15 und

8.30 Uhr (Sonntags ab 3 Uhr) und haben Jugendliche über 16 Jahre Zutritt.

Badische Lichtspiele — „Die Fledermaus“

Als Höhepunkt der Spielzeit wird Johann Strauß' unvergleichliche Operette „Die Fledermaus“ gegeben. Die unverwundlichen Melodien sprechen von Lebensfreude und geben unmittelbar auf jeden Hörer über. Wieder erklingt „So hab' sie ja nur auf die Schultern geföhrt“. Es wechselt mit den Feiern und feinsten Akzenten, die in dunkler Folge sich abhören. Allerdings ist die Ausdehnung der Musik nicht das Vorbereitende wie auf der Bühne, sondern die umföngliche ausgedehnte Darstellung. Da hatte Franz Strauß Gelegenheit genug, ihre verpielten Mittel ins Feld zu stellen. Die alte Schulle der Adele Sandrak ist zum Schließen. Ein vornehmer Adeltier ist Juan Petrovich. Georg Alexander ist mit seiner temperamentvollen rührligen Darstellung immer im Vorteil. Sonst hat sich auch gefunden, was zusammengehört, um diesem wunderbaren Stück zum gebührenden Erfolg zu verhelfen. Es ist eine Operette mit Schmalz und Würze, würdige, am Ende der Spielzeit zu trösten. Der Film läuft lieber nur 3 Tage. Auf in die „Fledermaus“.

Gesellschaft: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Volpert, Freilicht Baden, Volkstheater, Gewerkschaftliches, Soziales, Reutlingen, Aus aller Welt. Die Welt der Frau, Regie: Radtzyger: E. Grubbaum; Groß-Karlsruhe. Gemeindevorsteher, Durack, Aus Mittelbaden, Gerichtszentrum Straßburger Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern Sport und Spiel, Ausstatter: Josef Giffels. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Edmüliche wohnhaft in Karlsruhe

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung

Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr, im Lokal zum „Elefanten“ Kaiserstraße

Thema: **Die Reichstagswahl - Der Kampf gegen die Kapitalisten- und Monarchistenknechte**

Referent: Reichstagsabgeordneter Minister a. D. Dr. Adam Kemmle

Genossinnen und Genossen! Mit dieser Hauptversammlung eröffnen wir den kommenden Reichstagswahlkampf. Es gilt zu zeigen, daß wir gewillt sind, den Kampf entschlossen zu führen. Saalkontrolle - Mitgliedsbuch legitimiert.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Stabs-Kameradschaft, Der auf Mittwoch angelegte Generalappell muß der Hauptversammlung der SPD. wegen auf Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, ins Volkshaus verlegt werden. Alles hat zu erscheinen.

Vortläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterstelle

Die Temperaturen sind gestern bei anhaltend betterem Wetter über 25 Grad in tiefen Lagen gestiegen. Weitere Steigerung der Wärme steht heute bevor.

Wetterausichten für Mittwoch, den 29. Juni 1932: Sehr warm bis schwül und Wärmegewitter.

Wasserstand des Rheins

Basel 145, Gef. 13; Waldshut 337, Gef. 10; Schifferinsel 210, Gef. 12; Kehl 357, Gef. 3; Maxau 528, Gef. 2; Mannheim 423, Gef. 8 Zim.

Veranstaltungen

Dienstag, 28. Juni:
 Badisches Landesheuer: Schmelzer Wäffel, 20 Uhr.
 Badische Tischspiele: Die Fiebermaus, 20.30 Uhr.

Gewerkschaftliches

Der Scharfmachervorstoß in der Textilindustrie

Nachdem der Reichsarbeitsminister den letzten Schiedspruch in der badischen Textilindustrie nicht für verbindlich erklärt hatte, ordnete der Arbeitgeberverband laut Anschlag in den Betrieben des Westales einen zwingenden Lohnabbau an. Mit Wirkung vom 11. Juni ab wird der durch Schiedspruch der Schlichterkammer beschlossene Lohnsatz in Kraft gesetzt mit einem Gehalt von 52 Pf. Wer sich mit dieser Lohnregelung nicht einverstanden erklärt, gilt als aufgefündigt. Die Gewerkschaften werden zu dieser Maßnahme Stellung nehmen.

Sport

Schießsport

Die Arbeiterjungen von Karlsruhe-Rüppurr und Daglanden traten zu einem Freundschaftskampf an. Die Schützen des neugegründeten Freien Schützenvereins Daglanden haben sich gut behauptet. Es wurden folgende Resultate erzielt:

A-Klasse: Rüppurr 869 Ringe, Karlsruhe 843 Ringe, Daglanden 750 Ringe.
 B-Klasse: Rüppurr 892 Ringe.
 Jugendlasse: Rüppurr 870 Ringe, Karlsruhe 795 Ringe.
 Einzelmeister: A-Klasse 185 Ringe Gen. Zeib, Karlsruhe. B-Klasse 187 Ringe Gen. Weid, Rüppurr. Jugendlasse 187 Ringe Gen. E. Liebel, Rüppurr.

Das nächste Bezirkschießen findet bereits am 3. Juli 1932 auf den Ständen in Rüppurr statt.

Aus der Stadt Durlach

Noter Faden, Morgen Mittwoch 8 Uhr Probe im Tannhäuser.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsstellen. 24. Juni: Rosa Buch, 27 Jahre alt, Hausangestellte, ledig, Margarete Hörndel, 49 Jahre alt, Ehefrau von Paul Hörndel, Baumunternehmer. — 25. Juni: Gerbard, 6 Jahre alt, Vater Theophil Fed. Berlich, Inspektor, Frau Anna Gärner, 65 Jahre alt, ohne Beruf, Beerdigung am 28. Juni, 14 Uhr. — 26. Juni: Emma Margarander, 23 Jahre alt, Näherin, ledig (Eggenslein), Christian Wed, 68 Jahre alt, Schneidermeister, Ehemann, Beerdigung am 29. Juni, 11 Uhr. Georg, 10 Jahre alt, Vater Georg Weber, Kaufmann, Beerdigung am 28. Juni, 13.30 Uhr. — 27. Juni: Heinrich Haber, 54 Jahre alt, Realistator, Ehemann, Beerdigung am 29. Juni, 14.30 Uhr. Hermann Fittler, 70 Jahre alt, Webermeister, Ehemann, Beerdigung am 29. Juni, 15 Uhr.

Karlsruher Umgebung

Forchheim

Karlsruher SA-Gesindel in Forchheim

Ein Proletarier von mehr als 20jähriger Lebermacht im Versuchungslotol niederzuschlagen

Aus Forchheim wird uns berichtet: Anlässlich der gestern abend hier stattgefundenen Versammlung der Nazis in der Krone bemüht sich der heiligen Einwohnerschaft eine ungeheure Empörung über die Art und Weise, mit der die Bürgerkriegstruppe Hitlers ihr schändliches Handwerk ausüben konnte. Neben einem Arbeiter, der im Versuchungslotol ohne daß die Polizei einzuschreiten wagte, mit Verzweiflung, Wut und Schrecken und Stille von einer ungeheuren Lebermacht niedergeschlagen wurde, hatte ein zweiter Freiheitskämpfer bei dem Versuch, in das Versuchungslotol zu kommen, durch einen Schlag mit dem Leberhaken eine heftige Wunde am Kopf erhalten. Einem Arbeiter aus Daglanden wurde gerade beim Eintreffen des Leberhaken-Kommandos aus der Richtung des Sittlersteines ein Holzprügel an den Kopf geschleudert, wodurch der Arbeiter erheblich verletzt wurde. Ueber das Verhalten der Polizei wird noch zu sprechen sein.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe

FKR, Fußballabtlg. Mittwoch 7 Uhr Training aller Mannsch. (M.S.) auf dem Platz. Freitag Spielveranstaltung im Gumbertus.

Samstag-Sonntag im Auto, Band Stuttgart. 40 Rundtouren für Kraftfahrer von 1/2 bis 3 Tagen. Von Dr. Fritz Simon. Mit 40 farbigen Fahrplänen, 24 Städtebuchfahrplänen, 3 Leberhakenkarten und vielen Bildern. In Zahlen 3.— RM.

Robbi fahren wir über's Wochenende? Diese Frage wird häufig für den württembergischen Kraftfahrer rasch beantwortet sein durch den neuen Führer „Samstag-Sonntag im Auto, Band Stuttgart“, der jedoch — nachdem ein ähnlicher Band über München so begeisterte Aufnahme gefunden hat — im Verlag Knorr & Tritsch, München, erscheint. Preis in Zahlen gebunden nur RM. 3.—. Er nennt 40 der schönsten Autouroudfahrten von Stuttgart ausgehend in vier Gruppen von 1/2 bis drei Tagen Dauer. Der Nachdruck liegt dabei auf dem Wert R u n d f a h r e n. Niemand wird also auf einer Tour der gleichen Anzahl von Tagen, vielmehr Zeit zu jeder Rundfahrt gibt, neben eindeutig klarer Fahrpläne, ein reichhaltiges Bild über landschaftlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten. Zeitlich neben dem Wert sind genaue Orts- und Entfernungsangaben angegeben. Ganz neuartig sind die jeder Tour beigegebenen zweifarbigen Kartenblätter: Zeichnung und Gefälle, Entfernungen zwischen den wichtigsten Orten und markante Landschafts- und Städtebilder sind überaus sorgfältig eingezeichnet. Sehr willkommen sind auch die vielen praktischen Hinweise. Die Ausgab der Touren ist einzigartig. Praktischer und schöner als „Samstag-Sonntag im Auto“ hat noch kein Führer den Kraftfahrer den Weg gewiesen. Wir sind überzeugt, daß der Band rasch populär werden wird, nicht nur unter den württembergischen Kraftfahrern, sondern auch bei all den vielen auswärtigen Fahrern, die Stuttgart immer mehr zum Ausgangspunkt ihrer Ferienfahrt machen.

Zurück Dr. Pawlowsky

Chirurg und Frauenarzt

Sprechstunden 11 1/2-1, 4 1/2-5 1/2
 Schillerstraße 55, Ecke Kriegsstraße
 Telefon 4241.

Volkskirchenbund resp. Sozialisten
 Die am Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr angelegte Versammlung findet zur gleichen Zeit im

Elefanten, Kaiserstraße 42 statt.
 Vortrag von Gen. Pfarrer Edw. über

Die Bedeutung der bad. Kirchenwahlen
 Alle, die auf dem Boden einer freien Volkstirche stehen, sind eingeladen.
 Kein Zerknirschung! Eintritt frei!

Druckereien u. Webereien haben die Restbestände aus der Sommer-Saison zu ermäßigten Preisen geräumt. Wir benutzen die Gelegenheit, **große Mengen moderner Stoffe** einzukaufen und verkaufen sie **zu außerordentlich niedrigen Preisen**

Zefir, indanth. von 25 S an	Wollmuslin von 85 S an	Kunstseide, bedr. 58 u. 45 S
Hemdenoxford 43 S "	Vollvoile, bedr. 1.— "	Kunstseide, bedr., Bamb. 1.45- "
Hemdenzeffir 65 S "	Schürzen, 116 cm, indanth. 58 S "	K'seide, Voile u. Georgette 1.50- "
Beiderwand 39 S "	Cotelé bedr., Ia. 95 S "	Vistra, gewebt 1.25- "
Beiderwand, B'w. u. K'seide 58 S "	Hautstuch gebl., 150 cm 75 S "	Selenic, einf. 75 S "
Sporttuch, indanth. 50 S "	Maccobatist, indanth. 48 S "	Selenic, bedr. 88 S "
Polostoff, indanth. 55 S "	Bademantelstoff von 2.35 M an	K'seide, Etamin, in versch. Farben 2.95- "
Sportstoff, gewebt, kar., indanth. 75 S "	Frottierhandtuch 23 S "	K'seide, Langrips, in versch. Farben 2.25- "
Trachtencretonne, indanth. 55 S "	Kinderbadetuch 100/100 cm 1.— M "	K'seide, Piqué, fac. 2.85- "
Maccosportstreifen, indanth. 90 S "	" 125/160 cm 3.— M "	

Herrenstoffe Sportstoffe je Anzug 15.- u. 20.- **Kammgarnstoffe** je Anzug 30.- u. 35.-

LEIPHEIMER & MENDE

8 Zim.-Wohnung

mit Zentralheizung, eingerichtet Bad und Personenaufzug am Göttinger Tor zu vermieten. Näheres Stefaniestraße 40, 2. St., Fernruf 2531.

Webersee-Koffer

gut erhalten zu kaufen gesucht. Rab. Rheinstraße 10, III. 81184

Badisches Landestheater

Dienstag, 28. Juni * B 30
 7h.-Gem. 1301-1400

Schneider Wibbel

Romödie von Müller-Schlöffer
 Regie: Baumbach
 Mitwirkende: Frauendörfer, Geier, Rabenmader, Sellins, Krüger, Baumbach, Hoyer, Kiencher, Kühne, Wehner, W. Müller, Weiler, h. d. Freund, Grimm, Kleinsch, Lindemann, S. Müller

Anfang 20 Uhr
 Ende 22.30 Uhr
 Freie A. (0.60-3.50 M.)
 810

Größe Firmen florieren, aber nur weil sie beständig INSERIEREN

Bitte probieren sie selbst einmal im VOLKSFREUND

Braunauer Rahmenbau

für Damenrad gesucht. Badstr. 7, I

Motorrad ab Motor 175-200 cm auch reparaturbed. zu kaufen gesucht. Abt. zu erf. u. H 1191 im Volksfr.

Klein. Klappfüßwagen zu kaufen gesucht. Badlandstr. 107.

Damenkleider, Stoffe in schwarz und farblich kreiert abzugeben. Abt. zu erf. u. H. 1193 im Volksfr.

Todes-Anzeige.

Heute früh wurde mein lieber Mann, unser guter u. treubesorgter Vater, Großvater und Urgroßvater **Hermann Fittler, Werkmeister** infolge Herzschlages im Alter von 70 Jahren in die ewige Heimat abgerufen.

Karlsruhe, den 27. Juni 1932

Die trauernden Hinterbliebenen:
Karoline Fittler, geb. Burkhardt
Hermann Fittler u. Frau
Max Fittler u. Frau, Hptl. und Enkelkinder

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Juni, nachm. 3 Uhr, auf dem Städt. Friedhof statt.
 Trauerhaus Kriegsstraße 171 3453

Dankfagung

Für die vielen Blumenpenden und Begleitung zur letzten Ruhestätte unserer lieben Verstorbene sagen wir hiermit unseren besten Dank. Besonders danken wir Herrn Stabtpfarrer Ehemann für seine tröstlichen Worte. 3447

Familien Dorner und Dollinger

Verstopfung

Gedr. Wohn- oder Schlafzimmer gegen das zu kaufen gesucht. Ang. unt. Nr. 3448 an den Volksfr.

Hosen, Toppen

neu u. geb., hochbillig. Zähringerstraße 53 a. II

Schlafzimmer

mittelechfarbig mit sehr schöner Maserung bestehend aus 1 Spiegel-schrank 2 Bettstellen, 1 Waschkommode m. Spiegel-Aufsatz, 2 Nachtsch. komplett

195.-
 (das Zimmer ist selbstverstell. neu)

Möbel-Krämer

Karlsruhe Kaiserstraße 30 u. 24

Gartenjohann

beste Qualität für 5 M. zu verl. Sofienstr. 196, I

Gut möbliertes **Manfred-Zimm.** für 10 M. zu verm. Steinstr. 15 pt. (hinter Göttinger Klappf.)

Unerwartet rasch starb unser Angestellter Herr Heinrich Faber

Am heutigen Tage wäre er 25 Jahre in uner-müdlicher Pflichttreue bei uns tätig gewesen.

Sein Andenken bleibe in Ehren!

Geschwister Knopf

Karlsruhe, den 27. Juli 1932 3454

Gelegenheitskauf!

Schlafzimmer neu, hell eiche, 2-tür. Spiegel-schrank nur 300 M., Plüschdivan 20, Bett-st. 25 M., Chaiselongue 15 M., schöner Schreib-tisch 20 M., 3-teil. Kranz-12 M., Federbett, Röhrenschrank, Kinder-bett billig, Fröhlich, Uhlandstr. 12. 3450

2 neue Autoreifen PU 710x90 Gelegenheitskauf mit Schläuch., 40 M. 1 Anhänger 10 Str. Krage, m. Frische o. Gummi 20 M. Wein-garten, Burgstr. 25.

Zu verkaufen ein Kinderbett mit Holz u. Matratze. Gr. 150x80. Marienstr. 91, IV r.

Stadtgarten

Mittwoch, 29. Juni von 16-18 1/2 Uhr: **Nachmittags-Konzert**

Philharmonisches Orchester.
 Verbilligte Eintrittspr.

Möbl. Zimmer

zu vermieten. Wielandstr. 14, Stb. I, Et

Gaggenauer Anzeigen

Des Monatsabchlusses wegen bleibt die Stadtkasse am Donnerstag, den 30. Juni 1932 geschlossen.

Gaggenau, den 27. Juni 1932
 Wofler. 815

Neuzeitliche Wohnungen

3 Zimmer Ritterstr. 3414
 4 „ August-Dürr-Renk-Gartenstr.
 3 u. 4 „ Philipp-Kaliwoda-Brahmsstr.
 4 „ Dammerstock (Einfam.-Haus.)
zu vermieten.
 Näh. Stefanienstr. 40 II, Fernspr. 2531